Mittwoch, 13. April 1932
Nr. 87. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sächsische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Brüning auf dem ADGB-Kongreß

Keine Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen — Neues Täuschungsmanöver

Berlin, 12. April 1932.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß am Mittwoch der Reichskanzler Brüning auf dem Krisenkongreß der freien Gewerkschaften sprechen wird.

Das Auftreten Brünings auf dem heute im Reichstag tagenden sogenannten Krisenkongreß charakterisiert besser als alles andere die Situation in der deutschen Arbeiterbewegung und die Rolle des ADGB in der jetzigen Krise. **Brüning ist der Hauptverantwortliche für den in der ganzen kapitalistischen Geschichte beispiellosen Lohnabbau.** Vom ersten Tage seiner Regierung bis heute hat Brüning **planmäßig auf** eine Rettung der kapitalistischen **Wirtschaft ausschließlich auf Kosten der Arbeiterklasse** hingearbeitet. Er hat dem **Privatkapital** den Kampf gegen die „hohen" **Löhne** abgenommen und hat einen Lohnabbau nach dem andern **durch die Reichsregierung selbst**, durch Anweisung an die Schlichter und durch Notverordnungsdiktat vorgenommen.

Gleichzeitig hat Brüning den Arbeitslosen, Alters-, Unfall- und Kriegsrentnern ihre kärgliche Unterstützung radikal gekürzt, vielfach ganz genommen. Unter seiner Regierung wurden gleichzeitig die Steuern für die Besitzenden gesenkt, den Großagrariern und dem Privatkapital Milliarden an Subventionen zugeschanzt.

Und um jeden Widerstand des Proletariats zu brechen, wurde der Polizei- und Justizterror, die Presse- und Versammlungsverbote immer mehr verstärkt.

Jede dieser Maßnahmen war ein Schlag gegen die Gewerkschaften.

Trotzdem spricht dieser Kanzler als Hauptredner auf dem Kongreß der freien, der „sozialistischen" Gewerkschaften. Er wird dort gewiß nicht mit Protest empfangen, nicht durch einen Sturm der Empörung von der Rednertribüne gefegt werden. Nein, er wird bestimmt, wie Stegerwald auf dem vorjährigen ADGB-Kongreß in Frankfurt — Beifall und den „Dank" des Vorsitzenden erobern.

Wie ist das möglich? Einmal dadurch, daß auf diesem Kongreß nicht die Arbeiterschaft, sondern vor allem die obere Bürokratie der Gewerkschaften vertreten ist. Man hat zu diesem Kongreß nicht nur keine Neuwahl von Delegierten vorgenommen, sondern hat auch noch

die zwei Oppositionsvertreter vom vorigen Jahr (Ziegler-Breslau und Krauß-Stuttgart) aus „Sparsamkeitsgründen" ausgeschaltet.

Von diesem Kongreß ausgeschaltet, d. h. nicht zugelassen ist auch die ganze, von der SPD linksstehende Presse.

Man hat nicht nur der kommunistischen Presse die Karten verweigert, sondern **auch der** „SAZ." Obwohl die Redaktion sich schon längst vor dem zuerst angesetzten Termin brieflich um eine Pressekarte beworben hatte, wurde ihr auf telephonische Anfrage beim ADGB-Büro der Bescheid, daß „alle Karten vergeben" seien. Dafür wird aber neben den SPD-Berichterstattern der ganze Troß kapitalistischer Zeitungsschreiber im „Arbeiter-Kongreß" sitzen.

Das alles, besonders Brüning als Hauptredner, entspricht vollkommen der Politik der AGDB-Führung. Sie hat sich auf Gedeih und Verderb mit dem von Brüning repräsentierten kapitalistischen System verbunden. Sie toleriert Brüning und wählt Hindenburg und wird heute dafür den Dank von Brüning ernten.

Nur das, was angeblich dieser „Krisenkongreß" bringen soll, Arbeit und Brot für die Millionen Erwerbslose, Befreiung der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten von einem unerträglichen Elend, das wird dieser Kongreß bestimmt nicht bringen. Er wird für die Massen ein Anschauungsunterricht sein, was eine Arbeiterorganisation, eine Gewerkschaft nicht sein soll und darf.

Er wird den Massen, auch den sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern zeigen, **daß mit dieser ADGB-Politik radikal Schluß gemacht, die heutige Führung durch eine revolutionäre ersetzt werden muß.** Dafür müssen die Arbeiter im Betrieb, Stempelstellen, und vor allem in den Gewerkschaften selbst kämpfen. Nur wenn die Gewerkschaftsmitglieder selbst in Aktion treten, in ihren Organisationen durchsetzen, daß nicht mehr länger toleriert und Hindenburgpolitik getrieben, sondern **die gewerkschaftlichen Machtmittel zum Kampf eingesetzt** werden, dann wird mit dem Sturz des kapitalistischen Systems wirklich Arbeit und Brot für das Proletariat geschaffen.

Rettungsaktion für Braun

Im Preußischen Landtag fand am Dienstag nach kurzer Aussprache die namentliche Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien auf Beendigung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten statt. Es wurden 232 Karten abgegeben, davon 228 mit Ja und drei mit Nein. Eine Stimme war ungültig. Das Haus war also beschlußfähig. Der Antrag der Regierungsparteien ist damit angenommen.

Die Regierungsparteien im preußischen Landtag haben zum Schluß der Wahlperiode festgestellt, daß sie vor einem völligen Fiasko ihrer Politik stehen. Die Weimarer Mehrheit ist sich klar darüber, daß sie sich das Vertrauen der Wähler verscherzt hat und daß sie im neuen Landtag eine Minderheit sein wird. Die Politik, die unter der Firma „Bekämpfung des Faschismus" ging, hat dazu geführt, daß die Nazis ihre Stimmenzahl seit 1930 verdoppeln konnten. Eine Rechtsregierung steht vor der Tür. Da greifen die Regierungsparteien im letzten Augenblick nach einem Strohhalm. Der sterbende Landtag ändert die Geschäftsordnung, so daß die Wahl des Ministerpräsidenten nur noch mit absoluter Mehrheit (mehr als die Hälfte aller Abgeordneten) möglich ist. Man hofft, daß eine solche Mehrheit nicht zustandekommt.

Das Ziel der Mehrheiten ist noch nicht zu übersehen, weder die Stärke der Parteien noch die Haltung, die die Bundesbrüder von der „Eisernen Front" einnehmen werden. Sicher ist nur, daß der heutige Rettungsversuch der Regierungsparteien ohne jede praktische Bedeutung ist. Die Regierungsparteien selbst rechnen damit, im neuen Landtag die Mehrheit zu haben. Dann war aber sogar formell der Krampf in letzter Stunde überflüssig. Der neue Landtag wird eben, bevor er den Ministerpräsidenten wählt, den heutigen Beschluß wieder aufheben.

Mit geschäftsordnungsmäßigen Mätzchen kann die SPD die faschistische Gefahr nicht bannen, die sie durch ihre verantwortungslose Politik groß werden ließ. Vergebens versucht sie heute durch parlamentarische Tricks sich der Verantwortung zu entziehen oder die Situation zu verschleiern. Ein Klagges-Regime in Preußen ist durchaus möglich durch die Schuld der sozialdemokratischen Politik. Diese Gefahr wird nicht bekämpft durch den heute **gefaßten Beschluß** zur Geschäftsordnung, sondern nur durch den Widerstand der Arbeiterschaft. **Die SAP hat gegen dieses parlamentarische Manöver protestiert, indem sie mit Nein stimmte.**

Hugenberg wieder in Hitlerfront

Hugenberg hat mit einer großen Kundgebung in Hannover den Preußenwahlkampf der Deutschnationalen eröffnet. Er, der sich bei der Reichspräsidentenwahl zwischen alle Stühle gesetzt und sich seitdem vergeblich um die Errichtung eines Bürgerblocks bemühte, will sich offenbar wieder ganz an Hitler anhängen. Nach einer wehmütigen Entschuldigung seiner Politik gegenüber Hitler erklärte er: Es kommt jetzt nicht mehr darauf an, ob jemand für Hitler oder Hindenburg gestimmt hat. Klar steht das Ziel der Preußenwahl vor uns: Deutschnationale und Nationalsozialisten müssen die Mehrheit des Preußischen Landtags erreichen! Nur das gewährleistet, daß ohne Umsturz und Unruhe die nationale Idee und die wirtschaftliche Vernunft zur Herrschaft gelangen.

Nach der Präsidentenwahl

Berlin, 12. April 1932.

Am Mittwoch wird der Reichskanzler Brüning zur Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen, die nach vierzehntägiger Pause gestern wieder begonnen haben, nach Genf abreisen und dort etwa zehn Tage bleiben. Aus diesem Grunde kann wohl mit schneller Umbildung des Kabinetts nicht gerechnet werden. Die Absicht ist jedoch keinesfalls aufgegeben worden. Eine Berliner Korrespondenz registriert heute die Nachricht, daß der bisherige Reichsminister ohne Portefeuille und Ostkommissar Herr Schlange-Schöningen unter Auflassung der letztgenannten Dienststelle den Reichs-Landwirtschafts- und Ernährungsminister Schiele ablösen werde, mit dessen Geschäftsführung die nimmersatten Großagrarier keineswegs zufrieden sind. Von Schlange scheinen sie dagegen mehr „Osthilfe" zu erwarten.

*

Erwähnt muß werden, daß die Regierung sich entschlossen hat, auf eine nochmalige Vereidigung des Reichspräsidenten zu verzichten. Da Herr von Hindenburg in seiner durch Radio verbreiteten Ansprache davon gesprochen hat, daß er sich im Fall seiner Wiederwahl „nur Gott, dem Vaterlande und seinem Gewissen verantwortlich" fühlen werde, bedeutet die Unterlassung der Eidesleistung mindestens eine Anerkennung und Bekräftigung seines persönlichen Regiments.

Pokrowski gestorben

TU. Moskau (über Kowno), 11. April 1932.

In der Nacht zum Montag ist der russische Gelehrte, Professor Pokrowski, gestorben. Pokrowski war einer der bedeutendsten russischen Gelehrten und gehörte zu den nächsten Mitarbeitern Lenins und Stalins. 1917 war er stellvertretender Außenkommissar der Sowjetunion. Er war Mitarbeiter der kommunistischen Akademie und spielte im wissenschaftlichen Leben der Sowjetunion eine große Rolle.

Nach einem Beschluß des Vollzugsausschusses der Sowjetunion wird Pokrowski auf Staatskosten beigesetzt werden.

Die Erde speit Feuer

Verheerende Vulkanausbrüche in Südamerika

TU. Buenos Aires, 12. April 1932

Durch die Vulkanausbrüche in Argentinien ist die Provinz Mendoza am schlimmsten heimgesucht worden. Dort befinden sich allein 80 000 Einwohner auf der Flucht. Der die ganze Umgegend bedeckende Aschenstaub hat eine Höhe von 35 cm erreicht. Starke Schwefelwolken und giftige Gase vermehren die Panik.

Der Lavastrom hat die etwa 100 km von dem Ausbruchsgebiet entfernt gelegene Stadt San Raffael erreicht. Das im Mittelpunkt der Stadt gelegene Hotel Commercio ging in Flammen auf.

Die Anden-Dörfer sind von der Umwelt abgeschnitten. Dorthin entsandte reitende Boten melden, daß Hunderte von Personen Vergiftungen davongetragen haben und dem Erstickungstode nahe sind.

Starke Gaswolken verhindern die Rettungsarbeiten. Die Hilfsabteilungen können nur schwer vordringen. Der Vulkanstaub verdeckt die Sonne. Der Horizont ist in der Nähe der Ausbruchsherde blutig rot gefärbt. Die Seismologen sagen einstimmig ein vernichtendes Erdbeben in Argentinien voraus.

(Weitere Meldungen siehe 1. Seite Beilage)

Die nationale SPD.

Vierundzwanzig Stunden nach dem zweiten Wahlgang für die Reichspräsidentenschaft hat die Sozialdemokratie mit einer Veranstaltung im Berliner Sportpalast den Wahlkampf um Preußen eröffnet. Preußen ist die sozialdemokratische Schlüsselstellung. Hier hat die Sozialdemokratie seit dem Umsturz — von einer kurzen Unterbrechung abgesehen — stets entscheidend mitregiert und zumeist in der Person von Otto Braun den Ministerpräsidenten gestellt. Die Erhaltung dieser Position stand im Mittelpunkt der gesamten sozialdemokratischen Taktik. Ihr zuliebe schaltete sich die Sozialdemokratie im Reich weitgehend aus, ging sie die ebenso bedingungslose wie opfervolle Koalition ein, löste diese dann durch eine noch opfervollere Tolerierung ab und kapitulierte schließlich noch vor Hindenburg im Reichswahlkampf. Alle diese Opfer haben indessen nichts gefruchtet.

Wohl thronen an der Spitze noch Braun und Severing, aber der Boden ist unterspült. Die sozialdemokratische Gefolgschaft ist in Preußen womöglich noch dünner geworden als in anderen Ländern des Reichs, während die nationalsozialistische Flut noch fortwährend in der Zunahme begriffen ist. Mit einiger Beklemmung blickt die Sozialdemokratie darum auf die heranreifenden Entscheidungen, denn zerbröckelt die preußische Position, dann werden der Sozialdemokratie nicht nur die letzten Trümpfe aus der Hand entwunden, sondern dann wird damit der vollkommene Zusammenbruch der Sozialdemokratischen Politik besiegelt.

Es stand daher zu erwarten, daß die Sozialdemokratie die äußersten Anstrengungen machen wird, um Preußen zu retten und daß sie hierbei insbesondere Otto Braun in den Vordergrund stellen werde. Insofern ist auch die Veranstaltung im Berliner Sportpalast mehr als nur irgendeine Wahlkundgebung. Hier wurde die Linie festgelegt, die die Partei im Wahlkampf zu beziehen gedenkt. Diese selbst hat durch die Braunschen Ausführungen alle nur wünschenswerte Klarheit erhalten. Wie in den beiden kurz zurückliegenden Wahlgängen, so stellte Braun auch für das Ringen um Preußen die Gegnerschaft zu den Hakenkreuzlern in den Vordergrund. Sehr mit Recht! Denn von hier aus droht der Sozialdemokratie in Preußen die Hauptgefahr. Aber mit welchen Argumenten befehdete Braun die um Hitler? Beschuldigte er sie, daß sie ausgehaltene Söldlinge und die letzte Reserve des Kapitalismus sind, daß sie die Arbeiterklasse niedertrampeln wollen, oder daß sie die deutsche Bevölkerung in einen nationalistischen Blutrausch versetzen und bewußt zum Kriege treiben? Nichts von alledem! Braun wählte eine andere, wenn auch längst nicht mehr ganz neue Methode zur Bestreitung des Nationalsozialismus: in den Mittelpunkt seiner Ausführungen rückte er jene Andeutungen, die Reichskanzler Brüning am 7. April in seiner Hamburger Rede gemacht hatte, und die wörtlich lauteten:

> „Vielleicht kommt bald die Zeit, wo man nicht mehr so ungestraft und hemmungslos auf das deutsche Volk losprommeln kann, ohne daß dieses Volk alles zu wissen bekommt, was mit Unterlagen beglaubigt ist. Dann wird man das Wort „National" im Namen der Nationalsozialisten nur noch mit Gänsefüßchen schreiben."

Es war für jeden offenkundig, daß diese Bemerkungen im engsten Zusammenhang mit jenem Material stehen mußten, das Severing dem Reichsgericht zur weiteren Verfolgung übermittelt hatte, und worüber bereits Näheres durchgesickert ist. Braun hat diese Andeutungen nun erweitert und wörtlich erklärt:

„Im Besitze der Regierung befinden sich Dokumente, aus denen hervorgeht, daß die Nationalsozialisten einen etwaigen Angriff auf die deutschen Grenzen als Gelegenheit zu einem Putsch benutzen wollen. Diese Dokumente sind echt, denn Hitler selbst hat sich zu ihnen und ihren Absichten öffentlich bekannt."

Der „Vorwärts" macht diese Mitteilungen natürlich groß auf und bemerkt dazu, daß die Bezeichnung „sensationell viel zu schwach" hierfür sei. Zumindest handelt es sich jedenfalls um eine Sensation. Aber — so muß man fragen — sind das die schlagendsten Argumente, über die die Sozialdemokratie im Kampf gegen Hitler verfügt, und ist es ausgerechnet die Aufgabe der Sozialdemokratie, über die nationale Zuverlässigkeit der Nationalsozialisten wie überhaupt anderer Parteien zu wachen? Das ist nicht einzusehen und ist vor allem von der Sozialdemokratie nicht einzusehen, es sei denn, sie wolle es darauf anlegen, das nationale Bürgertum ob ihrer eigenen nationalen Zuverlässigkeit zu überzeugen und sich diesem selben Bürgertum als eine ungleich gewissere Unterstützung anbiedern.

So und nicht anders ist die Braunsche Rede auch zu verstehen. Es ist schon während der Reichstagsverhandlungen aufgefallen, mit welcher Entrüstung die Sozialdemokratie sich gegen den nationalsozialistischen Vorwurf „Partei der Deserteure" zur Wehr gesetzt hat, wie es auch nicht unbemerkt geblieben ist, daß die Sozialdemokratie nie und nimmer sich von den nationalistischen Fanfaren eines Brüning distanziert hat. Die Rede Brauns duldet darum auch keine mißverständliche Auslegung. Mit ihr hat die Sozialdemokratie dem Internationalismus endgültig abgesagt und sich zum Nationalismus bekannt. Ihr Vaterland ist nicht mehr das internationale Proletariat, sondern der nationale kapitalistische Staat.

Geschlagene rufen Sieg

Sozialdemokratischer Selbstbetrug

„Das Ziel, Hitler im zweiten Wahlgang noch schwerer zu schlagen als im ersten, ist erreicht" — triumphierend verkündet es der „Vorwärts". „Noch schwerer schlagen" hieß in diesem Falle, das Stimmenverhältnis zwischen Hindenburg und Hitler zugunsten des ersteren zu verbessern, hieß nicht nur die ganzen Duesterberg-Stimmen für Hindenburg mobilisieren, sondern hieß darüber hinaus einbrechen in die Hitlersche Wählerschaft.

Niemand wird behaupten wollen, daß dies geschehen sei. Eine Ausnahme bildet allenfalls der Wahlkreis Oberbayern-Schwaben. Der Einbruch ist aber ganz minimal. Insgesamt konnten Hitler nur rund 1700 Stimmen abgenommen werden. Dagegen hat die Hindenburg-Front noch in drei Wahlkreisen gegenüber dem ersten Wahlgang Stimmen eingebüßt und zwar in den Wahlkreisen Köln-Aachen (rund 2300), in Leipzig (rund 5000) und in Hamburg (rund 5000).

Muß schon angesichts dieser Tatsachen die Zufriedenheit der Hindenburgfrontler befremden, so noch mehr, wenn man die Hindenburg- und Hitler-Stimmen auf die Wage legt. Der Prozentsatz der Hindenburg-Stimmen stieg von 49,6 auf [illegible], oder um 1½ Prozent, derjenige Hitlers aber von 30,1 auf 36,8 oder um 22 Prozent! Und lag das Verhältnis der Stimmen Hitlers zu denen Hindenburgs im ersten Wahlgang erheblich unter 2 zu 3, so änderte der zweite Wahlgang dieses in knapp 4 zu 5 um. Es gehört also schon eine unsägliche Borniertheit dazu, um diesen neuen und großen nationalsozialistischen Auftrieb, den der zweite Wahlgang offenbarte, zu übersehen. Doch dermaßen borniert ist auch der „Vorwärts" nicht. Wenn er gleichwohl dreist und kühn behauptet, „daß der Zersetzungsprozeß im Lager der geschlagenen Armee in vollem Gange ist", so aus recht durchsichtigen Gründen. Weit davon entfernt, in dem Faschismus eine soziale Erscheinung des niedergehenden Kapitalismus zu erblicken, begreift ihn die Sozialdemokratie als eine Erfindung Hitlers, deren man sich durch eine taktische List erwehren könne. Darum begreift sie auch den Kampf gegen den Faschismus nicht als einen Kampf gegen den Kapitalismus, sondern gibt sich sogar dem Wahn hin, die Auseinandersetzung am erfolgreichsten im Bunde mit Teilen des Bürgertums führen zu können. Daher der völlige Verzicht auf den Kampf für eigene Klassenforderungen und das bedingungslose Einschwenken in die Hindenburgfront.

Zugleich ist die Sozialdemokratie aber auch klug genug, um zu wissen, daß die Arbeiter und Angestellten ihr auf diesem Wege nur solange Gefolgschaft leisten, als sie überzeugt sind, daß dieser Weg auch zum Ziele führt. Das ist der Grund, warum der „Vorwärts" von den wirklichen Tatsachen ablenken und gegenüber den sozialdemokratischen Anhängern schwarz in weiß umfälschen muß.

Daß diese Politik indessen zum völligen Scheitern verurteilt ist, das zeigt nicht nur eine objektive Betrachtung der Ergebnisse des zweiten Wahlgangs um die Reichspräsidentschaft, sondern das zeigt mehr noch ein Rückblick auf die letzten Jahre. Niemals wäre der Faschismus zu einer Gefahr für die Arbeiterschaft geworden, wenn er sich nicht stets und ständig der rückhaltlosen Duldung seitens der obersten Spitzen des Reiches erfreut hätte. Wagt jemand zu behaupten, daß es in Zukunft anders werde? Mit voller Absicht hat Hindenburg immer und immer wieder die Ueberparteilichkeit seiner Kandidatur betont. Ueberparteilichkeit heißt aber praktisch nichts anderes, als daß Hindenburg in Zukunft sich eine noch freiere Hand bewahren will, und heißt demzufolge, daß er noch weniger Veranlassung als bisher hat, den Faschismus von der Macht fernzuhalten.

Das Triumphgeschrei des „Vorwärts" ist darum nichts anderes als eine grobe und bewußte Täuschung der Arbeiterschaft, ist der Beweis, daß man weder jetzt noch in Zukunft bereit und entschlossen ist, die Konsequenzen zu ziehen und endlich den Weg zu verlassen, an dessen Ende Hitler nur um so sicherer als Triumphator und Bezwinger der Arbeiterklasse steht.

Genfer Abrüstungskomödie

Ein neuer Vorschlag Amerikas

Der USA-Beobachter in Genf, Botschafter Gibson, hat die gestern neu eröffnete Tagung der Abrüstungskonferenz mit einem Vorstoß eröffnet, der deutliche Spitzen gegen das Tardieu-Projekt aufweist. Gibson forderte:

1. Die Hauptangriffswaffen, schwere Artillerie, Tanks und chemische Waffen als solche abzuschaffen.

2. Der Landabrüstungsausschuß wird beauftragt, einen Plan über die Klassifizierung der Geschütze mit Kalibern über 155 mm und der Tanks sowie der Gaswaffen aufzustellen.

3. Die Staaten verpflichten sich, diese Angriffswaffen im Kriegsfalle nicht zu benutzen.

4. Der Politische Ausschuß wird beauftragt, die endgültige Entschließung auszuarbeiten und dem Hauptausschuß binnen einer Woche zur Durchberatung vorzulegen.

Der Vorschlag der amerikanischen Regierung führte zu einer ausgedehnten grundsätzlichen Aussprache. Der englische Außenminister Simon erklärte vollständige Uebereinstimmung der englischen Regierung mit den Vorschlägen der amerikanischen Regierung. Die Abrüstungskonferenz stehe damit vor einem endgültigen und praktischen Vorschlag. Die englische Regierung hege den dringenden Wunsch, daß sämtliche Regierungen endgültig die schweren Landangriffswaffen aufgeben.

Der Schweizer Bundespräsident Motta bezeichnete den amerikanischen Vorschlag als

> den ersten entscheidenden Schritt zu praktischen Entscheidungen.

Der deutsche Delegationsführer, Botschafter Nadolny, erklärte namens der aufrüstungsfreudigen deutschen Generalität grundsätzlich, daß die Teillösung Gibsons dem deutschen Anspruch aus Artikel 8 des Völkerbundspaktes auf Total-Abrüstung der anderen Mächte nicht genüge.

Botschafter Nadolny erklärte dann, daß die These der amerikanischen Regierung, Sicherheit durch Abschaffung der Angriffswaffen zu schaffen, in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Standpunkt stände.

Der französische Ministerpräsident operierte sehr geschickt. Von einer Erklärung der Sympathie gedeckt, mit der Frankreich die usamerikanischen Vorschläge betrachte, kritisierte er sie dann als ungenügend, da sie lediglich Landwaffen berücksichtigten und keinerlei Kontroll- und Sanktionsbestimmungen enthielten. Tardieu erklärte mit Nachdruck und Schärfe, er lehne eine Einzelbehandlung der amerikanischen Vorschläge ab. Die französische Regierung vertrete den Standpunkt der gegenseitigen Abhängigkeit aller Waffengattungen. Tardieu forderte, daß die amerikanischen Vorschläge nicht, wie vorgeschlagen, sofort zur Durchberatung gelangten, sondern gemeinsam mit den in gleicher Richtung liegenden Vorschlägen, insbesondere den französischen Vorschlägen auf Schaffung einer internationalen Streitmacht des Völkerbundes behandelt würden.

Tardieus Vorstoß rief unverzüglich den Vertreter der italienischen Regierung, General Cavarello, auf den Plan, der die volle Zustimmung der italienischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen erklärte und auf die kürzlich eingereichte neue italienische Abrüstungsdenkschrift an die Konferenz hinwies.

Der Hauptausschuß beschloß, die amerikanischen Vorschläge gemeinsam mit sämtlichen in gleicher Richtung liegenden Anträgen zunächst im Präsidium zur Verhandlung zu stellen.

Beginn der Internationalen Arbeitskonferenz

TU. Genf, 12. April 1932.

Die 16. Internationale Arbeitskonferenz ist heute zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, Aufhebung der bezahlten Stellenvermittlungsbüros, Zulassung von Kindern in den nichtindustriellen Betrieben, Aenderung des Arbeitsabkommens über den Schutz der Hafenarbeiter gegen Unfälle. Die deutsche Regierung ist auf der Tagung durch den früheren Reichsarbeitsminister Brauns vertreten.

Die Erfahrung lehrt, daß alle diese Konferenzen, wie das ganze Genfer Arbeitsamt für die Arbeiter nicht das Fahrgeld geschweige denn die dicken Diäten der Delegierten wert sind.

Brennende Grenzen

Bedeutsame Andeutungen Brünings

Die Rede, die der Reichskanzler am Vorabend der Wahl vom 10. April in Königsberg hielt, ist im Getümmel der Wahlschlacht untergegangen. Von zwei Gesichtspunkten her sind seine Ausführungen dennoch von größtem Interesse und dürfen nicht unbetrachtet bleiben.

Einmal enthält die Rede ein paar Wendungen, so unmißverständlich in ihrer Anbiederung an die Nationalsozialisten, so unmißverständlich wie nur denkbar in ihren Angeboten zur künftigen Mitarbeit. Immer wieder betonte Brüning, welche großen politischen Chancen sich die Nazis hätten entgehen lassen, als sie Brünings Angebot, sich zuerst für die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs auszusprechen, ablehnten. — „Diejenigen, die an und für sich berufen gewesen wären, in erster Linie von sich aus die Kandidatur des Herrn Reichspräsidenten aufzustellen ..."

Ja, Brüning macht den Nazis sogar den Vorwurf, daß andere Gruppen und Parteien „sich ihrer vaterländischen Pflicht (nämlich für Hindenburg einzutreten!) stärker bewußt sind". — Wenigstens ein Lob, wenn auch ein zweifelhaftes für die sozialdemokratischen Arbeiter, denen darob die Schamröte ins Gesicht steigen müßte, denn die Erfüllung dieser „vaterländischen Pflicht" bedeutet zugleich die Vernachlässigung der Klassenpflicht.

Das ist die eine Seite. Die andere kennzeichnet sich durch die stetig wiederholten Hinweise auf die außenpolitischen Beweggründe der Kandidatur Hindenburg, „auf die großen außenpolitischen Entscheidungen", die bevorstehen. „Für eine Regierung, die diesem Herrn Reichspräsidenten dient, konnte es überhaupt keinen andern Weg geben, als rücksichtslos auf ihr eigenes Geschick, ohne Rücksicht auf Popularität dem Ideal zu dienen, dem der Herr Reichspräsident sein ganzes Leben gedient ...", heißt es einmal. Dann folgen Hinweise auf die angeblich bedrohte Situation Ostpreußens. Den in der Stadt Posen geborenen Hindenburg macht Brüning sogar zum „Sohn Ostpreußens". Geheimnisvoll weist er in versteckten Wendungen auf die „neuen nervösen Erschütterungen von außen her", „auf gewisse andere Vorgänge" hin, „die mit unseren Stammesbrüdern in Danzig zusammenhängen". — „Und nun sage ich dazu eins" (Die „Germania", das Kanzlerblatt, verzeichnet: Der Redner spricht die folgenden Worte mit erhobener Stimme):

> „Wenn der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung in wiederholten Kundgebungen vor der ganzen Oeffentlichkeit festgestellt haben, daß niemals Reichspräsident, Reichsregierung und das ganze übrige Deutschland Ostpreußen aufgeben werden und daß in jedem Stadium der Politik alles, was Deutschland besitzt an Macht und Einfluß für Ostpreußen eingesetzt werden wird, dann muß man sich trotz aller Sorgen dabei auch in Ostpreußen beruhigen."

Hier spricht Brüning — geschickter und verdeckter — das gleiche aus, was der Reichswehrminister noch vor dem 13. März in einem Drohartikel gegen Polen in einer Königsberger Zeitung gesagt hat und was durch eine vorhergehende Kundgebung Hindenburgs seinen besonderen Akzent erhielt.

„In jedem Stadium der Politik?" — Der Krieg ist die Fortsetzung, ist ein Teil der Politik, lautet die alte Maxime.

„Wir brauchen im Interesse der Ehre der deutschen Nation, wir brauchen vor der Geschichte, wegen unserer Außenpolitik, wegen des Kampfes um unsere Freiheit — den Sieg Hindenburgs," sagt Brüning und schließt im gleichen Atem mit diesen Worten:

> „Dann wird es möglich sein, wenn wir Hindenburgs Namen und Hindenburgs Persönlichkeit als Schild vor uns haben, daß wir nach der Wahl vielleicht alle, die wir zusammen gehören, in diesen außenpolitischen Kämpfen und Nervenproben, die uns bevorstehen werden, uns zusammenfinden, um dann vielleicht unter Hindenburg als Reichspräsidenten endlich einmal einig zu sein, wenigstens in dem, was uns alle beseelen sollte, in dem Kampfe, in dem Ringen um Deutschlands Freiheit und Zukunft."

Das ist deutlich. Man braucht die wehrfreudigen Nationalsozialisten und wird ihnen Zugeständnisse machen. Die sozialdemokratischen Arbeiter braucht man auch; ihnen aber muß man Zugeständnisse nicht machen. Man glaubt, sie so zu haben mit Haut und Haaren und streichelt sie bloß — oder höhnt man? — mit dem Anerkenntnis erfüllter „vaterländischer Pflicht".

Das Bild wird rund, wenn man Otto Brauns, des preußischen Ministerpräsidenten, Rede liest, mit der die in Preußen noch regierende Sozialdemokratie gestern den Landtagswahlkampf eröffnet hat und die wir an anderer Stelle des Blattes behandeln.

Die psychologische Kriegsvorbereitung ist in vollem Gange.

b. j.

Beilage zur SAZ

Nr. 87. Jahrg. 1932
Mittwoch, 13. April 1932

ABITURIENT 1932

45 000 Abiturienten haben in diesem Jahr zu Ostern die Schule verlassen, treten ins Leben. In einer Zeit größter Arbeitslosigkeit wollen diese jungen Menschen einen Beruf ergreifen, eine Existenz sich schaffen. Wohin sollen sie gehen. Was soll man ihnen raten? Sollen sie studieren oder einen Beruf ergreifen? Und welches Studium, welcher Berufszweig kommt in Frage? Alle Organisationen erlassen von Zeit zu Zeit dringende Warnungen, raten von ihrem Beruf ab. Genügt denn das? Man hat die Pflicht, nicht abzuschrecken, sondern vernünftig Rat zu geben.

Sollen die Abiturienten studieren?

In Deutschland gibt es gegenwärtig 30,000 arbeitslose Akademiker, im Jahre 1934 werden es 140,000 sein. Bei einer Gesamtzahl von 400 000 Akademikern ist dies eine erschreckende Zahl. Der Dresdener Stadtschulrat Hartnacke hat sogar ausgerechnet, daß im Jahre 1937 hinter jedem beschäftigten Akademiker ein Ersatzmann stehen wird!

Die Lage der jetzigen studierenden Jugend ist als fast hoffnungslos zu bezeichnen.

Diesen Erkenntnissen haben sich auch unsere Behörden nicht verschlossen. Der Reichsinnenminister rief nach bewährtem Muster eine Konferenz der interessierten Wirtschaftskreise ein. Aus den vielen Reden klang nur das eine deutlich hervor: daß man nicht wußte, wie man der Lage beikommen soll. Daher wurde, wieder nach bewährtem Muster, zur Einsetzung von zwei Ausschüssen mit diversen Unterausschüssen geschritten.

Ein Ausschuß behandelt die Lösung des ganzen Problems und ist auf längere Sicht eingestellt. Der andere, unter dem Vorsitz des früheren Ministers Hamm, sollte eine Lösung für die diesjährigen Abiturienten aufstellen. Sein Gutachten lautete dahingehend, daß jeder Ort, jede Stadt selber für die Unterbringung der Abiturienten sorgen mögen, da man keine generellen Vorschläge machen könne. Also: wieder einmal nur Theorie und keine praktischen Erfolge.

Was ist nun wirklich geschehen?

In Berlin hat man Listen derjenigen Abiturienten aufgestellt, die sofort in einem Beruf unterkommen möchten. Es haben sich ungefähr 1300 Bewerber gemeldet, das ist etwas mehr als ein Drittel aller Berliner Abiturienten. Die Handelskammer ist an die Arbeitgeberverbände und die großen Unternehmen herangetreten, und es sollen Stellen für die Abiturienten in Frage kommen, dort gemeldet werden. Aus den vorhandenen Listen können dann geeignete Bewerber ausgesucht werden. Dasselbe ist bei der Handwerkskammer geschehen, die an die Innungen herangetreten ist. Ueber den Erfolg ist bisher nur wenig bekannt, doch kann man mit Bestimmtheit sagen, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz auf diese Weise untergebracht werden kann.

Was werden die Uebrigen tun?

Soweit sie keine Beschäftigung haben, werden sie, meist unter größten persönlichen Opfern, ein Hochschulstudium ergreifen und nach dessen Beendigung das Heer der arbeitslosen Akademiker weiter vergrößern. Schon 1931 wendeten sich 70 Prozent der Abiturienten dem Hochschulstudium zu, und es hat den Anschein, als ob diese Zahl in diesem Jahr noch größer sein wird. Eine kleine Rundfrage unter den Oberprimanern verschiedener Schulen hatte das Ergebnis, daß fast alle studieren wollen, nicht aus besonderer Neigung, sondern nur, weil sie nicht wissen, was sie anfangen sollen. Dabei betonen fast alle, daß sie darauf angewiesen sind, sich so schnell als möglich auf eigene Füße zu stellen.

Der Zustrom zum Hochschulstudium hat noch einen anderen Grund:

die maßlose Ueberschätzung der sogenannten akademischen Bildung

in manchen Kreisen. Dieser Bildungsfimmel, der dadurch leider begünstigt wird, daß man von Lehrlingen vielfach Abitur, von kaufmännischen Angestellten den Doktorgrad verlangt, hat zahllose junge Menschen verleitet, eine Hochschule zu besuchen, die sonst vielleicht schon mit der höheren Reife abgegangen wären. Langsam erst taucht die Erkenntnis auf, daß ein Mensch von 16 Jahren sich viel besser zum Erlernen eines Berufes eignet, als ein 18- oder 25jähriger.

Man kann daher den Abiturienten nur den Rat geben: Wenn ihr nicht weit über dem Durchschnitt begabt seid, wenn ihr nicht das Zeug in euch fühlt, in einem wissenschaftlichen Fache etwas Hervorragendes leisten zu können, dann versucht es, so schnell wie möglich, einen Beruf zu erlernen. Lieber heute eine Lehrstelle als ein Studium, nach dessen Beendigung ihr genau so weit seid wie jetzt.

Bei der Unterbringung der Abiturienten haben

die Arbeitsämter und öffentlichen Berufsberatungen bis jetzt ganz versagt.

Ebenso ist von den verschiedensten Jugendorganisationen auf diesem Gebiet nichts unternommen worden. Daher kommt es, daß die Abiturienten jetzt ganz unvorbereitet vor dem schweren Problem der Berufswahl stehen.

Darum noch ein Rat:

Wendet euch an die Gewerkschaften, laßt euch dort beraten, denn dort erhaltet ihr eine uneigennützige und ehrliche Auskunft!

Vulkanausbruch in Chile

Aschenregen noch 1300 km vom nächsten Vulkan entfernt — Große Verkehrsstörungen

Santiago, (Chile), 12. April 1932.

Sämtliche drei Vulkane Descabezado, Las Yegeas und Tinguiricia befinden sich seit Sonntagmorgen in ununterbrochener Tätigkeit. Trotz der großen Entfernung ist das donnerähnliche Geräusch bis Santiago zu hören.

Die nahe der Vulkane gelegenen Städte sind infolge unaufhörlichen Aschen- und Staubregens vollkommen verdunkelt. Von den in der Nähe liegenden Dörfern ist keine Nachricht vorhanden. Die Bevölkerung leidet unter starker Kälte.

In dem Departement Saint Raphael liegt die Asche, die durch den Ausbruch des Vulkans Descabezado herausgeschleudert worden ist, bis zu 60 Zentimeter hoch.

Südlich von Mendoza wurden verschiedene starke Erdstöße verspürt. Dauernd werden Explosionen gehört. Infolge der Dunkelheit sind die Geschäfte und Banken geschlossen. Selbst in Buenos Aires ist die Luft mit Staub erfüllt, der die Bevölkerung stark belästigt.

*

Das Gebiet der Erdbeben und Vulkanausbrüche erstreckt sich

über eine Strecke von über 700 Km.

Es reicht von Santiago bis südlich von Concepcion. Ein Vulkan nach dem andern, die fast alle für erloschen galten, hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Unaufhörlich wird der Boden von starken Erdstößen erschüttert. Die ganze Gegend ist mit Aschenwolken bedeckt.

Selbst in Montevideo, das etwa 1300 km von dem nächsten Vulkan entfernt ist, ist dichter Aschenregen gefallen.

Viele Leute haben Schirme aufgespannt, andere haben sich Tücher vor Mund und Nase gebunden, um sich vor dem Einatmen der Asche zu schützen. In den Berggegenden werden

Menschenverluste befürchtet.

Die Fernsprech- und Telegraphenleitungen nach dem Vulkangebiet sind größtenteils unterbrochen. Die chilenische Regierung hat ein Flugzeuggeschwader nach dem Gefahrengebiet entsandt, das Beobachtungen anstellen soll. Im Neuquen-Gebiet mußten viele Städte am Tage wegen der Dunkelheit infolge des Aschenregens Licht brennen. Der Aschenregen hat stellenweise auch große Verkehrsstörungen zur Folge gehabt. So können sich Kraftwagen und Eisenbahnzüge nur mühsam durch die am Boden liegende Asche hindurcharbeiten. Einige Städte in der Provinz Mendoza in Argentinien haben dringend Sauerstoffapparate angefordert, da sie durch Vulkangase schwer gefährdet seien. Im Berggebiet von Patagonien ist ebenfalls ein Vulkan ausgebrochen, so daß man auch für Süd-Chile große Befürchtungen hat.

Es werden fieberhafte Vorbereitungen getroffen,

alle bedrohten Ortschaften in der Provinz Mendoza zu räumen.

Es handelt sich um nicht weniger als 80 000 Menschen. Im Umkreise von 300 Meilen um den Vulkan Descabezado ist

die Luft mit schwefligen Gasen verpestet,

so daß man kaum darin atmen kann. Alle Züge sind mit Flüchtlingen vollgestopft.

Elend im rumänischen Überschwemmungsgebiet

Ein Bild aus dem bessarabischen Städtchen Soroca, das von den Wasserfluten völlig eingeschlossen wurde. Die Bewohner mußten ihre Häuser fluchtartig verlassen, da die Wasser- und Schlammassen in die unteren Stockwerke eindrangen. Auf unserem Bild sieht man, daß die unglücklichen Bewohner ihre Habe und vor allem ihr Bettzeug auf dem Dach in Sicherheit gebracht haben.

Strecker vor dem Reichsgericht

Leipzig, 12. April 1932.

Vor dem Reichsgericht fand unter dem Vorsitz von Senatspräsident Witt die Revisionsverhandlung des Prozesses gegen den Schriftsteller Karl Strecker wegen Brandstiftung statt. Strecker hatte im Sommer des vergangenen Jahres seine Villa in Klein-Machnow in Brand gesteckt und war vom Schwurgericht in Potsdam wegen Brandstiftung zur Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Als Revisionsgrund führten die Verteidiger des Angeklagten, die Rechtsanwälte Dr. Klee und Dr. Wenzel Goldbaum, in der Revisionsverhandlung die Tatsache an, daß Strecker in der Verhandlung vor dem Potsdamer Gericht nach dem Plädoyer seiner Verteidiger ohnmächtig wurde und deshalb nicht das letzte Wort hatte, so daß eine Verletzung des § 257 der Strafprozeßordnung vorliege. Trotz des Widerspruchs des Reichsanwalts Feisenberger hob das Reichsgericht das erstinstanzliche Urteil wegen der Nichterfüllung dieser Formalität auf und verwies die Sache zur erneuten und abermaligen Verhandlung an das Schwurgericht Potsdam zurück.

Dem Grubenkapital geopfert

Essen, 12. April 1932.

Auf der Zeche „Matthias Stinnes III/IV" verunglückten zu Beginn der Mittagsschicht am Montag durch Verfallen eines größeren Bruches in der Nähe einer Störung in einem Strebpfeiler des Flözes 12 der nordwestlichen Bauabteilung ein Abteilungsleiter und drei Bergleute tödlich. Ein Hauer wurde leicht verletzt. Drei Bergleute konnten bis zum Abend, der vierte bis zum Beginn der Frühschicht geborgen werden.

Vom Blitz getroffen

Flatow, 12. April 1932.

Das erste Frühjahrsgewitter zog mit starkem Hagelschlag über den Kreis und richtete in der Umgebung von Krummenfließ großen Schaden an. Beim Pflügen wurden drei Pferde vom Blitz getötet. Der Knecht, der die Pferde trieb, wurde an den Beinen schwer verletzt und sank ohnmächtig zusammen. Er mußte sofort in das Flatower Krankenhaus eingeliefert werden.

Kirchliche Auslandsschulden

D.F.V. Die Auslandsanleihen der kirchlichen Institute und Orden in Holland nehmen einen geradezu bedrohlichen Charakter an, sowohl für die Geldnehmer, wie die -geber. Manche Orden stehen vor fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, in die sie durch die Finanzierung ihrer Bauausführungen durch ausländisches Kapital hineingeschliddert sind. Durch eine ungewöhnlich hohe Verzinsung, die das doppelte des im eigenen Lande erzielten Zinssatzes überstieg, fanden sich vorwiegend holländische Geldgeber bereit, die deutschen kirchlichen Anleihen zu zeichnen. Nunmehr sind eine ganze Reihe dieser Anleihen als gefährdet anzusprechen und es werden verschiedentlich Verhandlungen gepflogen über Herabsetzung der Zinsstufe und Fälligkeit und Höhe der Tilgungsbeträge. So hat der St. Stephansverein zu Krefeld auf die am 1. Dezember v. J. fällig gewesenen 8 Proz. Zinsen auf die von ihm ausgegebene holländische Obligationsanleihe bisher nur 1200 M. überwiesen, während für die vollständige Zinszahlung 6000 M. erforderlich sind. Die holländische Treuhänderin, die N. V. Metabank, droht nunmehr mit einem Vorgehen gegen die Bürgen der Anleihe, die Kirchenverwaltung der St. Stephanspfarre.

Ebenso ist die 8proz. Anleihe des „Ordens der Paderborner Schwestern" der Barmherzigkeit zu Gesecke i. W. in Verzug geraten. Der Orden hat Antrag auf Herabsetzung der Zinszahlung um 2 Proz. gestellt und ebenfalls beantragt, die Ablösung der Anleihe um drei Jahre hinauszuschieben. Am 1. Mai, dem Fälligkeitstage der nächsten Zinszahlung, müßte eigentlich auch die erste Ablösung von 40 000 M. stattfinden. Für diese Ablösung fehlt der Schuldnerin das Geld, die in den letzten drei Jahren bereits Gelder im Betrage von mehr als 100 000 M. neu aufnehmen mußte, um ihren Verpflichtungen aus dieser Anleihe nachzukommen.

In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß unter der Reichsbankleitung Dr. Schachts den Kommunen selbst für die dringendsten Bedürfnisse die Genehmigung zur Aufnahme von Auslandsanleihen versagt wurde, während die kirchlichen Institutionen ganz hemmungslos derartige Anleihen aufnehmen konnten. Die Folgen dieser Politik, die auch ein Bleigewicht für unsere Devisenwirtschaft bedeuten, machen sich jetzt bereits in ganz unerfreulichem Maße bemerkbar.

Leser werbt für die „SAZ"

Der Sturm bricht los! Erzählung von Fritz Rück

9. Fortsetzung und Schluß.

Der Redner ignoriert das. Ein Nachlassen der Anstrengungen an der Front und im Hinterlande würde das Chaos über Deutschland bringen. Mit Betonung wirft der kluge Zynker am Vortragspult den Satz in den Saal: „Der Krieg muß so lange fortgeführt werden . . . ."

„Bis der letzte Arbeiter verreckt oder verkrüppelt ist", klingt eine klare, helle Stimme durch den Raum, so laut und deutlich, daß es mit einem Ruck zweitausend Köpfe nach dem Zwischenrufer herumreißt.

Es ist Otto Bessinger. Er ist aufgesprungen und steht nun inmitten dieser Arbeiter. Einer beginnt zu klatschen, zehn andere fallen ein und als der Redner, wütend über die Unterbrechung, fortfahren will, rauscht ein Orkan von Beifall über den Zwischenruf durch den Saal.

„Wer ist denn das?" raunt Paulsen leichenblaß seinem Nachbar zu.

„Das ist niemand aus dem Betrieb", erklärt bestimmt der Ingenieur.

Da kommt der Betriebsobmann.

„Ein Führer der Spartakisten!" flüstert er erregt. „Er ist von auswärts gekommen."

Die meisten der Anwesenden sind von ihren Sitzen aufgestanden. Zweimal setzt Lensch zum Weitersprechen an, zweimal zwingt ihn immer wieder aufspringendes Händeklatschen zum Schweigen. Das ist, wie wenn an einem überheizten Kessel das Ventil geöffnet wird — die Gesinnung dieser Tausende, die als Reklamierte sich nicht zu mucksen gewagt haben in den letzten Jahren, ist ein überheizter Kessel.

„Sie müssen etwas tun", schreit Paulsen erregt den Betriebsobmann an. Der geht mit zögernden Schritten auf die Bühne, gibt ein Klingelzeichen, in schwachen Stößen ebbt die Unruhe ab.

„Kollegen" sagt der Obmann mit etwas belegter Stimme, „wir haben mit der Direktion vereinbart . . ."

„Das wissen wir schon! Leider!" schallen Zwischenrufe auf.

„Laßt mich doch aussprechen. Wir haben vereinbart, daß zu unsern Vortragsabenden keine Betriebsfremde zugelassen werden."

„Er hat aber recht" tönt es ihm entgegen.

„An dieser Vereinbarung müssen wir festhalten, sonst wird uns in Zukunft der Saal nicht mehr zur Verfügung gestellt."

„Wir brauchen ihn nicht! Wir lassen uns keinen Maulkorb mehr umbinden!"

„Zur Geschäftsordnung!"

Neben Otto Bessinger hat sich ein Arbeiter erhoben, den sie alle kennen. Hans Kartusch ist erst ein halbes Jahr im Betrieb, aber obwohl er vorher drei Jahre im Felde steckte, ist er vom ersten Tage an kühn und offen für seine Kollegen eingesprungen und auf seine Initiative ist es in erster Linie zurückzuführen, daß das streng militärische Regime im Betrieb in letzter Zeit etwas gelockert wurde.

„Kartusch soll sprechen!" schallt es im Chor zur Bühne hinauf. Aergerlich tritt Lensch, der an seinem Vortragspult überhaupt von niemand mehr beachtet wird, von einem Fuß auf den anderen.

„Beenden Sie doch diese unwürdige Situation" zischt er dem Obmann zu. Der klingelt aufgeregt und sagt dann: „Wir fahren im Vortrag fort. Dr. Lensch hat das Wort!"

„Kartusch! Kartusch!" kommt es von unten immer lauter.

„Also, der Kollege Kartusch zur Geschäftsordnung!"

Kartusch spricht von seinem Platz aus. „Kollegen! Wir haben unsern Genossen Bessinger kommen lassen, um hier nach dem Vortrag auch eine andere Meinung zu hören. Ich beantrage, daß dem Genossen Bessinger in der Diskussion eine Redezeit von einer Stunde eingeräumt wird."

Stürmische Zustimmung und Händeklatschen.

„Gibt es nicht" schreit jetzt Paulsen mit heiserer Stimme in den Saal. „Diskussion gibt es nicht!"

„Wir verlangen Abstimmung" ruft Kartusch.

Der Obmann steht unschlüssig auf der Bühne.

„Abstimmung!" dröhnt es ihm aus tausend Mündern entgegen.

„Das Generalkommando hat für alle Vortragsabende Diskussionen verboten" schreit Paulsen wieder dem Obmann zu.

„Aha" braust es jetzt durch den Saal. Wie anders wirkt doch eine bekannte Tatsache, wenn sie so offen und brüsk vor einer Menschenmasse ausgesprochen wird.

Jetzt steigt Otto Bessinger auf einen Stuhl. Sofort ist alles ruhig und schaut auf ihn.

„Kollegen und Genossen! Euer Direktor hat die Katze aus dem Sack gelassen. Ihr seid gut genug, in der Heimat zu schuften und im Felde zu bluten. Eure Meinung zu diesem Krieg, die will niemand wissen. So sieht die berühmte Neuorientierung in Deutschland aus. Das ist der Beginn des demokratischen Zeitalters. Das Generalkommando wünscht keine Diskussion! Aber wir wollen endlich den Mund aufmachen!" Stürmischer Beifall. Otto Bessinger kommen die Worte des Handzettels in den Sinn, den er am Abend vorher geschrieben hat.

„Seid Ihr Menschen oder stumme Hunde?!" klingt seine Stimme durch den Saal. Was er weiter sagen will, versteht man nicht mehr. Der Saal rast. Armselig und verloren stehen auf der Tribüne und in den ersten Reihen einige Menschen, denen dieses losbrechende Gewitter zeigt, was die Stunde geschlagen hat. Nervös blättert Lensch in seinen Manuskriptblättern. Ob er wohl in dieser Minute zurückdenkt an jenen dritten August 1914, als er noch in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sagte: „Mit der Bewilligung der Kriegskredite legt Ihr die Eingeweide der Internationale auf den Tisch des Hauses."

Kartuschs Stimme schafft Ruhe. Er ist auf seinen Stuhl gestiegen.

„Kollegen! Wir wollen den Herren Direktoren und dem Reichstagsabgeordneten Lensch das Vergnügen an diesem Vortrag nicht nehmen. Wir halten draußen vor dem Saale unsere Versammlung ab. Wer daran teilnehmen will, soll mit uns kommen."

Die Türen fliegen auf und unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise — wie lange hat man sie nicht mehr gehört — quillt der schwarze Strom hinaus. Zwei Reihen vor der Tribüne und ein halbes Dutzend Mann der Belegschaft bleiben zurück, alles andere strömt hinaus.

Ein Demonstrationszug formiert sich, Kartusch und Otto Bessinger voraus. Wie ist ihm leicht und frei ums Herz. Die Massen marschieren! Der unterirdische Strom der Rebellion hat sich Bahn gebrochen. Jetzt muß es vorwärts gehen.

Erschreckt fahren die Einwohner des kleinen Städtchens aus den Betten. Massentritt und Massengesang, wo man vier Jahre lang nur die Militärkapellen hörte, wenn sie einen Schub neuer Schlachtopfer zum Bahnhof begleiteten.

Auf dem Marktplatz machen sie halt! Vom Rande eines Brunnens wirft der junge Redner die hämmernden Sätze einer Anklage unter die ernsten Männer, aus deren Reihen lebhaftes Echo kommt, hinter den Gardinen ringsum lugen erschrockene Gesichter vor und das dreifache Hoch auf die Revolution donnert wie eine Brandung gegen das alte Gemäuer. Mit gesenkten Köpfen schleichen die Unteroffiziere einer Militärpatrouille zur Kaserne und der diensthabende Leutnant weiß keinen andern Rat als zu telephonieren und zu telegraphieren. Aber auch die Leute, an die er seine dringenden Anfragen richtet, wissen keine Antwort. Weder vom Generalkommando noch von der Polizei kann man ihm eine Anweisung geben, wie er sich verhalten soll. Als er am Telephon ärgerlich fragt, ob er den Redner verhaften soll, sagt man ihm: „Um Himmels willen, nein!"

Schwäche und Haltlosigkeit der Männer, die bisher die Macht fest in der Hand hatten und sie rücksichtslos gebrauchten, ist die eine Voraussetzung dafür, daß die Revolution siegen wird. Die Aktivität der Massen, die wieder zum Handeln erwacht sind, ist die andere. Otto Bessinger scheint es an diesem Abend, als ob beide Voraussetzungen erfüllt seien.

Walter Bloem gegen von Ossietzky

Der nationale Dichter Walter Bloem ist dieser Tage sowohl als Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller wie auch von seiner Stellung als Präsident der Deutschen Sektion des PEN-Clubs (der internationalen Organisation der Dichter, Essayisten und Novellisten) zurückgetreten. In der letzten Position löste ihn Alfred Kerr ab. — Die Gründe zu diesen bemerkenswerten Schritten liegen darin, daß Herr Bloem es nicht über sich gewinnen konnte, ein Gnadengesuch für den Herausgeber der „Weltbühne", Carl von Ossietzky, das der PEN-Club beschlossen hatte, mit seiner Unterschrift zu versehen. Bloem ließ sogar die ihm zur Unterfertigung zugesandte Urkunde vom 3. bis zum 22. März liegen und gab sie danach erst an den zweiten Vorsitzenden weiter. Zur Rechenschaft gezogen, berief er sich zuerst auf einen neuen Angriff Ossietzkys gegen die Reichswehr, der ihm das Eintreten für den Herausgeber der „Weltbühne" unmöglich mache und dann darauf, daß die „Weltbühne" ihn persönlich in einer Briefkasten-Notiz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des SDS scharf beurteilt habe.

Die Schriftsteller, sowohl die im Schutzverband wie die im PEN-Club Organisierten, können sich glücklich preisen, einen so militärfrommen und unsolidarisch handelnden Kollegen von den Spitzen ihrer repräsentativen Organisationen in Zukunft entfernt zu wissen.

Ein Jubiläum der Glühlampe

Ein Fortschritt für die Menschheit — eine Goldgrube für das Kapital

Wenn wir heute mit gewohnter Selbstverständlichkeit den Schalter für das elektrische Licht betätigen, so kommt es uns nicht zum Bewußtsein, daß es am 12. April 1932 erst ein halbes Jahrhundert her ist, daß die erste Anlage mit Edison-Glühlampen in Deutschland in Betrieb genommen wurde.

Einer der tatkräftigsten Männer, die sich für die Verbreitung des elektrischen Stromes einsetzten, war Emil Rathenau. Als er im Jahre 1881 auf der Pariser Elektrizitäts-Ausstellung die Edisonsche Glühlampe erblickte, erkannte er sofort ihre außerordentliche Bedeutung. Er ließ sich auch nicht beirren, trotzdem zahlreiche Techniker die Erfindung als Spielerei betrachteten, andere wieder behaupteten, daß das elektrische Licht sich niemals gegen das Gaslicht würde durchsetzen können. Das gleiche war übrigens wenige Jahre vorher schon von der elektrischen Bogenlampe behauptet worden und ein führender Techniker sagte seinerseit mit bitterer Ironie, daß es zu den guten Eigenschaften des elektr. Lichtes gehöre, überall da, wo es sich auch nur von ferne blicken lasse, zu einer mächtigen Gasbeleuchtung Veranlassung zu geben. —

Nach Deutschland zurückgekehrt, bemühte sich Rathenau die Edisonschen Patente zu erwerben und auszunutzen. Im Hause der Buchdruckerei Büxenstein in Berlin entstand die erste elektrische Beleuchtungsanlage auf Grund der Edison-Patente. Am 14. April 1882 wurde sie in Betrieb genommen. Rathenau konnte im gleichen Jahre noch mehrere Anlagen ausführen, von denen die Beleuchtung des Bohraischen Brauhauses und des Union-Clubs mit der nebenan liegenden „Ressource 1794" besonders hervorzuheben sind. Am 19. April 1883 wurde die Deutsche Edison-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Mark gegründet. Aus dieser Gesellschaft ging 4 Jahre später eines der größten elektrotechnischen Unternehmen der Welt, die AEG hervor. Heute ist es die von der AEG und Siemens beherrschte Osram-Gesellschaft, die unter maßloser Ausbeutung ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen fast den ganzen Hochdruck der Glühbirnen in Deutschland herstellt und dabei jährlich ungezählte Millionen einheimst.

Kleines Feuilleton

Neue Wege der Malariaforschung

In einer Sitzung der Royal Society of Medicine in London berichtete der Elberfelder Professor Schulemann über synthetisch dargestellte Malariamittel und wies darauf hin, daß in Weiterentwicklung der Plasmochinarbeiten in einer Atebrin genannten Verbindung ein neuer Fortschritt erzielt worden sei. Das 1924 dargestellte Plasmochin vernichtet die Geschlechtsformen der Malariaparasiten, unterbricht dadurch den Uebertragungszyklus Mensch-Mücke-Mensch und ist daher zur Sanierung gegen die Infektion mit Malaria besonders geeignet. Das neue Präparat Atebrin wirkt gegen die ungeschlechtlichen Formen der Malariaparasiten. Die Kombination von Atebrin und Plasmochin ermöglicht es jetzt, zur Therapie sämtlicher Erscheinungsformen der Malariainfektion nur noch synthetisch dargestellte Arzneistoffe zu verwenden. — Das Atebrin ist von namhaften Malariaspezialisten in den Tropen und Subtropen seit fast zwei Jahren in seiner Wirkung erfolgreich erprobt worden.

Das Blattgrün als Allheilmittel

Dem Blattgrün hat man bereits seit einigen Jahren in der medizinischen Welt erhöhte Bedeutung beigemessen. Man erkannte die Tatsache, daß zwischen dem Blattgrün und dem roten Blutfarbstoff im menschlichen Körper eine chemische Verwandtschaft existiert. Wie neuere Forschungen ergaben, eignet sich das Blattgrün auch vorzüglich als Stärkungsmittel, da es fast alle Organe zu erregen vermag und den Grundumsatz und den Stickstoffwechsel erhöht. Infolgedessen tritt auch bei Verwendung von Blattgrün eine Erhöhung des Appetits und des Kraftgefühls ein. Ebenso wird das Herz günstig beeinflußt. Schließlich hat man sogar Verjüngungs- und Wachstumssteigerung durch Blattgrün festgestellt, so daß, wenn zu der Theorie nun auch in weiterem Umfange eine gesunde Praxis hinzutritt, gut von einem „Allheilmittel" Blattgrün gesprochen werden kann.

TARASSOFF-RODIONOFF
SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original ungekürzt und ohne Aenderungen übersetzt von Alexandra Ramm.
Copyright by Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf.

22. Fortsetzung

„Sehr gut, sehr gut! Na, und erinnern Sie sich, in Ihrem Zimmer konfiszierte Weine aufbewahrt und diese selbst getrunken oder sie anderen gegeben zu haben? Pawlow gibt an, daß die Weine, die man bei ihm in seiner Wohnung gefunden hat, aus Ihrem Zimmer stammen. Was haben Sie dazu zu sagen?"

„Es kamen konfiszierte Weinflaschen zusammen mit anderen Gegenständen manchmal in mein Zimmer. Ich habe sie nicht getrunken und sie keinem gegeben. Doch erinnere ich mich, daß ich einmal, als ich sehr müde war, eine Flasche leichten Weins ausgetrunken habe. Wie der Wein zu Pawlow gekommen ist, weiß ich nicht; mein Zimmer ist immer verschlossen, und der Schlüssel ist bei der Aufsichtsfrau gewesen."

Blitzartig schreibt Schustry etwas ein.

„Nun, das genügt mir. Wollen Sie gefälligst alles durchlesen und mit Ihrer Unterschrift versehen!" er legt den vollgeschriebenen Brief vor Sudin und streckt sich müde und faul. Dann läuft er zur Tür und ruft jemanden vom Korridor.

„Sie sind ein tüchtiger Mann, Genosse Sudin, doch umsonst versuchten Sie anfangs mit mir Versteck zu spielen."

„Ich? . . . Versteck zu spielen?! . . ."

„Na, lassen Sie das sein, lassen Sie das sein! Uebrigens, ist das nur meine persönliche Meinung, das Urteil wird eine außerordentliche Gerichtskommission, die in einigen Tagen eintreffen wird, sprechen, ich bin ja nur beauftragt, einen Bericht zu erstatten. Meine Sache ist eine kleine, ich habe streng objektiv zu sein. Sie haben ja gesehen, daß ich alles notiert habe, nicht nur, was gegen Sie, sondern auch was für Sie spricht. Ich bin streng objektiv. Doch erlauben Sie, daß ich Sie vorläufig für verhaftet erkläre."

Obwohl Sudin das schon geahnt hat, flammte in ihm das Gefühl der bitteren Beleidigung auf.

„Ich werde nirgendwohin weglaufen. Sie werden mir doch erlauben, meine Familie zu sehen?!"

„Unter keinen Umständen! Sie dürfen schreiben, bleiben aber im übrigen hier, in diesem Zimmer unter Bewachung. Regen Sie sich nicht auf. In höchstens zwei bis drei Tagen wird Ihre Angelegenheit endgültig entschieden. Wie — das hängt vom Beschluß der Kommission ab. Meine Sache ist nur, ein unparteiischer Berichterstatter zu sein. Und darum, wenn Ihnen noch etwas zu Ihrer Entlastung einfallen sollte, so schreiben Sie es auf und schicken Sie es mir durch den Sekretär von Ignatjew; ich werde sagen, daß man Ihnen Papier und Bleistift geben soll; das Essen wird man Ihnen aus der Küche des Vollzugskomitees bringen."

Schustry verschwand; Sudin saß und blickte mit trüben Augen hinaus auf das weite in der Sonne liegende Ufer des Flusses. Die Quadratfenster geben diesem geräumigen niedrigen Zimmer die leere Gemütlichkeit einer Bauernstube. Auf dem Fluß hinter den Fenstern kriechen Eisblöcke wie ausgebrochene Zähne. Und noch weiter hinter dem Fluß stehen in der Sonne, wie kleine Schachteln, Arbeiterhäuschen aus Holz. Alles Schreckliche, was soeben geschehen war, ist jetzt auf einmal verschwunden, zurückgedrängt in die Tiefen der Seele, auf der Oberfläche ist dagegen ein jugendliches Gefühl der Befreiung geblieben, als sei die Schmiede, wohin er täglich zur Arbeit eilen mußte, plötzlich geschlossen worden, und er darf nun ohne Bedenken nach Herzenslust tollen. Es wird ihm plötzlich luftig, geräumig, er fühlt sich befreit. Es ist ihm so warm, so weich.

Doch währt es nicht lange. Mit den Absätzen klopfend kommt ein Posten herein, betrachtet ihn und das immer mit feindseligen, forschenden Blicken, geht an die Fenster, prüft die Verschlüsse und entfernt sich ebenso ungezwungen, bleibt draußen direkt vor der Tür stehen und stößt mit dem Gewehrkolben auf den Fußboden.

Dann kommen zwei Mädchen aus der Küche in weißen Schürzen, beide Türflügel werden geöffnet, und man trägt ein eisernes Bett mit einer grauen Matratze herein, die mit Stroh gefüllt ist. Sie gehen und kommen dann wieder und bringen ein baumwollenes Laken, ein Kissen aus Stroh und eine harte Decke. Sie fragen ihn, ob er essen wolle. Nein, er wolle nicht; er wolle nur, daß man ihm Papier und Bleistift bringe.

Bleistift und Papier bringt bald darauf der Sekretär Ignatjews selbst. In dessen Augen ist bedrückte Verlegenheit, wovon Sudin noch bitterer zu Mute wird.

„Ich werde meiner Frau einen Brief schreiben und möchte Sie bitten, ihn recht bald in meine Wohnung zu bringen. Wird das gehen?"

„Ja, um sechs Uhr kommte der Genosse Schustry; er wird es durchsehen und sicherlich gleich befördern."

„Ich danke Ihnen."

Sudin fällt es schwer, allein zu bleiben mit seinen angeschwollenen Gedanken über die Ereignisse, die kreisend und sich zusammenballend wie bleierne Felsen sein aufgewühltes Herz bedrücken.

Er setzt sich auf das knarrende Bett mit dem knisternden Stroh und faßt sich mit den Händen an die Schläfen.

Er muß sich beruhigen und sich zurechtfinden. Wessen beschuldigt man ihn eigentlich? Eins ist sicher: Pawlow und Walz sind bei etwas ertappt worden. Von welchem Gelde war die Rede? Wer hat es genommen? Pawlow? Ja, das war ein furchtbares Versäumnis! Doch was hat er, Sudin, damit zu tun? Daß er ihn nicht entlassen hat? Oder hat Walz das Gold genommen? Und hat es vielleicht mit Lisa geteilt? Soll sie es angenommen haben? . . .

Ein Feuer des Entsetzens erfaßt Sudin. Er windet sich konvulsiv, sein Atem sticht schmerzhaft in der Brust . . . Er stellt sich klar vor, was Lisa dafür erwarten kann, wenn das wirklich geschehen sein sollte . . . Oh, wenn nur das nicht geschehen ist! Wenn sich nur das als leerer Verdacht herausstellen möge! Hat denn Lisa das alles nicht einsehen können?!

Er wühlt in ihrer Seele. Nein, nein, Lisa wird so etwas nicht tun; sie besitzt trotz allem doch das proletarische Bewußtsein, das Gewissen des proletarischen Klassenkampfes. Sie ist doch immerhin eine Kommunistin.

Er lächelt herablassend, er kennt ihre halmhafte Schwäche, die fehlende Festigkeit. Woher soll sie auch dieses alles erworben haben. Einen aktiven praktischen Kampf hat sie noch nie gekannt, woher auch? Sie ist zwar eine Tochter ihrer Klasse, aber auch eine Frau und Mutter. Doch würde man beides auf Wagschalen legen, die Frau und Mutter würden überwiegen. Sie ist deswegen auch nicht zu verurteilen: die geduldige Versklavung der an die primitivsten Gefühle und Instinkte angeketteten Frau übertrug sich seit Ewigkeiten von Generation zu Generation unter dem Joche des produzierenden Mannes. Plötzlich da eine Wandlung zu schaffen, ist schwer! denkt Sudin.

A 1 Frankenthal (Pfalz)

Mitgliederversammlung der SAP. Genosse Metz gab Bericht vom Reichsparteitag. Neben den eigentlichen politischen Entscheidungen arbeitete er besonders Rolle und Funktion des demokratischen Zentralismus heraus und zeigte die Konsequenzen auf, die sich für die weitere Entwicklung der Partei hieraus ergeben. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Klärung der politischen Probleme über den Rahmen der Versammlung hinaus im Vordergrund unserer nächsten Arbeit stehen soll. Sodann fand nachstehende Entschließung einstimmig Annahme: „Die Versammlung stellt sich solidarisch auf den Boden der von der Genossin Anna Siemsen abgegebenen Erklärung und erwartet vom Parteivorstand und der Redaktion der SAZ unbedingte Beachtung dieser Erklärung". Die Entschließung fand Annahme, obwohl die Versammlung politisch grundsätzlich anderer Auffassung ist, als die Genossin Siemsen. Im Anschluß hieran berichtete Gen. Kohl kurz über die Bezirkskonferenz und die Landtagswahlen.

Bobenheim (Pfalz)

Wir greifen an. Mittwoch fand hier unsere erste öffentliche Versammlung mit dem Genossen Portune Frankfurt a. Main, im Turnerheim statt. 120 Arbeiter waren erschienen, trotz Sabotage der SPD, und hörten mit gespanntester Aufmerksamkeit an, was ihnen unser Referent zu sagen hatte. Die Versammlung war unzweifelhaft ein Erfolg für uns und wird sich in der weiteren Arbeit unserer Ortsgruppe auswirken.

Duisburg

Neuer Anschlag auf die weltliche Schule. Durch eine Verfügung der Regierung zu Düsseldorf, ist der katholische Lehrer Walter Mertens aus Düsseldorf an die bekenntnisfreie Schule in Beekerwehrt versetzt worden. Nach den Erkundigungen, die der Bund der freien Schulgesellschaften eingeholt hat, steht Lehrer Mertens nicht auf dem Boden der bekenntnisfreien Schule, sondern ist ein Gegner. Der Bund der freien Schulgesellschaften hat bei der Regierung gegen diese Versetzung Einspruch erhoben, und trotzdem muß die Elternschaft von Duisburg nun erfahren, daß diese für die weltliche Schule untragbare Lehrkraft der Elternschaft aufgezwungen ist. Bisher war diese Stelle mit Lehrer Hohmann besetzt, der auf dem Boden der bekenntnisfreien Schule steht. Dieser Freidenker Hohmann wurde abgebaut, um dem Katholiken Mertens Platz zu machen! — Gegen diesen Skandal wird die Elternschaft sich zu wehren wissen. Wir fordern von der Stadtverwaltung und von der Regierung in Düsseldorf die sofortige Abberufung des Lehrers Mertens und die Ueberweisung eines Lehrers, der positiv zur weltlichen Schule steht.

Oberhausen

Eine Verbrecherkaschemme geschlossen. Der Polizeipräsident hat die als Stützpunkt der SA und SS dienenden Räumlichkeiten des „Deutschen Hauses" in der Göbenstraße geschlossen. Geschlossen werden die Wirtschaftsräume sowie das SA- und SS-Zimmer. In der Begründung der Verfügung heißt es u. a.: Seit dem Herbst v. Js. hat das Deutsche Haus als Stützpunkt der SA und SS der NSDAP für Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen gedient. In einer Reihe von Fällen wurden die dem Deutschen Haus befindlichen SA- und SS-Leute alarmiert, um nach begangenen Gewalttätigkeiten durch SA-Leute oder bei Auseinandersetzung mit Andersgesinnten als Verstärkung einzugreifen. Anlaß zur Schließung gab ein Vorfall am 3. April 1932 gegen 21,30 Uhr. An diesem Tage gingen junge Eheleute, die am Tage vorher geheiratet hatten, mit dem Onkel und Bruder des Ehemannes auf der Moltkestraße nach Hause. Ihnen begegneten 2 SA-Leute, darunter der SA-Mann Sommer, die in der Richtung vom Deutschen Haus über den freien Platz zwischen der Göben- und Industriestraße kamen. Als sie den Gruß „Heil Hitler" nicht erwiderten, fielen die SA-Leute über den Schwager, der die Ehefrau eingehakt hatte und die anderen, die in einer Entfernung folgten, her und versetzten ihm Stich- und Schnittverletzungen am Kopf und Körper. Als die anderen den Ueberfallenen zu Hilfe kamen, rief Sommer dem anderen SA-Mann zu: „Lauf zum Deutschen Haus und hole Leute!" Kurz darauf kam ein Trupp von SA- und SS-Leuten im Laufschritt aus der Göbenstraße und folgte den Ueberfallenen in die Stadtschenke. Aus dem Trupp heraus hörten Leute die Rufe: „Wir dürfen uns nichts gefallen lassen! Wir kennen unsere Parole! Wir müssen drangehen!"

Schwelm

In einer von der SPD einberufenen Wahlversammlung sprach für den verhinderten Bürgermeister Sauerbrey Gewerkschaftsangestellter Bleckmann vom Bergarbeiterverband (Bochum). Er kam u. a. auch auf die Ursachen der Krise zu sprechen. Die Arbeiterschaft müsse alle Folgen der verkehrten Wirtschaftsführung tragen, stellte er sehr richtig fest. Der Staat saniere zwar die Banken, er übernehme damit aber die Schulden. Die Reparationen müßten eingestellt werden. Die Außenpolitik, welche Brüning treibt, sei richtig. Die Erfolge der Arbeiterschaft in den letzten 50—60 Jahren dürften durch Spaltung nicht verloren gehen. KPD und SAP würden nur Barrikadenkampf wollen. — In der Diskussion fragte ein junger Kommunist nach der in Deutschland noch vorhandenen Demokratie und dem Kampf der SPD gegen den Faschismus. Der sozialdemokratische Hindenburg-Redner geriet hierüber vollkommen aus dem Häuschen. — Fazit der Versammlung: man schämte sich für die SPD, die ein großes Erbe schmählich vertan hat.

Oldenburg

Aus dem Schwurgericht. Vor einigen Tagen stand die Saalschlacht in unserer ersten öffentlichen Versammlung zur Verhandlung. Angeklagt war nur der bekannte Nazimann van der Tuuk, der mit einem am Handgelenk befestigten großen Karabinerhaken im bewußtlosen Zustande von der Polizei festgestellt wurde. Die Zeugenaussagen waren so belastend, daß das Gericht zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten für ihn kam. Außerdem wurde er noch zur Tragung der Kosten verurteilt. Gegen den Nazimann Bohlmann, der die Versammlung dauernd (wenn auch betrunken) durch Herumfuchteln seines Laufstockes störte, wird wahrscheinlich ein getrenntes Verfahren durchgeführt, nachdem sich ein Zeuge dem Gericht zur Verfügung gestellt hat.

Stralsund

Die Mitgliederversammlung der SAP nahm einen Bericht des Genossen Prinz über die erste Unterbezirkskonferenz von Vorpommern entgegen. Die Stellungnahme der beiden Delegierten und der Verlauf der Konferenz wurden einmütig gebilligt. — Ueber die zu leistenden Arbeiten im Preußenwahlkampf referierten die Genossen Prinz und Boy. Die einmütige Auffassung in der Diskussion läßt erwarten, daß alle Genossen mit allen verfügbaren Kräften in die Arbeit eintreten werden. Es wurden fünf Stadt- und drei Landagitationsgruppen gebildet, welche alles Werbe- und Aufklärungsmaterial an die Wähler heranbringen. Von dieser intensiven Arbeit versprechen wir uns einen Erfolg für unsere Liste. Die fehlenden Geldmittel müssen durch verstärkte Aktivität der einzelnen Genossen ersetzt werden. Der weiteren Einführung unserer Parteipresse soll im Landtagswahlkampf besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. — Genosse Kloock berichtete über unsere Arbeit in den Gewerkschaften, die planmäßig verstärkt werden soll. Alle Genossen müssen auch in diesen Versammlungen auf unsere Liste aufmerksam machen, so daß auch hier fruchtbare Arbeit für die Partei und deren Ziele geleistet wird. Die Ersatzwahl für den 2. Vorsitzenden wurde vorgenommen. Genosse Kloock wurde einstimmig gewählt. Nach den Preußenwahlen wird ein weiterer Ausbau des Funktionärkörpers stattfinden müssen, um die Arbeit auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung leisten zu können. Der Wahlkampf und dessen Durchführung wird in den Händen des Vorstandes bleiben. — Der Vorsitzende konnte mitteilen, daß wieder einige Genossen für die Partei gewonnen werden konnten und daß in den nächsten Tagen mit offiziellen Uebertritten von der KPD gerechnet werden müsse. Es liegen hierzu bereits Anmeldungen vor, die noch einer Prüfung unterzogen werden. — Genosse Prinz schloß die Versammlungen mit der Aufforderung, planmäßig für die Liste Seydewitz-Binder zu werben, damit der Erfolg der Partei nicht ausbleibt.

Rund um die Reichspräsidentenwahl. Der KPD gelang es infolge ihrer unproletarischen Einstellung auch hier nicht, einen wirksamen Demonstrationszug für den Klassenkandidaten Thälmann zustande zu bringen. Die anschließende Versammlung im „Eldorado" war sehr schlecht besucht. Innerhalb der KPD ist eine starke Gärung festzustellen, und hier liegt unsere Aufgabe, die abwandernden Proletarier nicht indifferent werden zu lassen, sondern für uns aufzufangen, damit sie der Klassenfront nicht verloren gehen. — Die Hindenburg-Sozialisten hatten Pech. Der auf einem Dach am Neuen Markt aufgestellte Hindenburg wurde vom Wind auf die Straße geworfen. Die entstandenen Dach- und Schornsteinschäden werden natürlich leicht behoben werden können, da der Hindenburg-Ausschuß über unerschöpfliche Mittel verfügt. Der Aufmarsch der „Eisernen" war bedeutend kleiner, als beim ersten Wahlgang. Welche Geistesverwirrung in diesen Kreisen herrscht, zeigen einige Vorfälle. Der SPD-Funktionär Wollmann erklärte in einer Naziversammlung: „Wenn die Nazis ihr Programm durchführen und Arbeit schaffen, bin ich sofort Nationalsozialist." Ein Bauwerkmeister der „Bauhütte" erklärte einem Nazi gegenüber: „Ich denke ja auch ganz anders, aber man darf sich ja nicht auslassen." Die Hindenburg-Rede des Lehrers Peters beim Aufmarsch der „Eisernen" auf dem Alten Markt konnte ebenso gut von einem Stahlhelmer gehalten werden, denn sie enthielt nichts von sozialistischen Auffassungen. Die SPD hat sich durch die Hindenburg-Wahl in eine ganz unmögliche Lage hineinmanöveriert. Wie will sie zur Preußenwahl ihre bisherige Stellungnahme den Massen plausibel machen? Aber der weise Parteivorstand wird wohl wieder neue Verschleierungspolitik erfinden, um die Arbeiter weiter zu betrügen. Wir Sozialisten haben die Pflicht, unsere ganze Kraft einzusetzen und die falsch geführten Arbeiter in die wahre Klassenfront einzuführen.

Wolmirstedt

Eine Mitgliederversammlung der SAP befaßte sich mit der Vorbereitung der am Sonnabend stattfindenden öffentlichen Versammlung in „Stadt Prag", in welcher Genosse Siemsen spricht. Die hiesige Ortsgruppe der SAP begrüßte die Entschließung der Genossin Anna Siemsen. Der Ausgang des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl dürfte den Beweis in aller Oeffentlichkeit erbracht haben, daß die wortradikale Politik der KPD bei der Arbeiterschaft nicht den Anklang findet, wie es sich die KPD selbst eingeredet hat. Phrasen und wüstes Schimpfen werden die Arbeiterschaft nicht aus ihrer jetzigen Wirtschaftslage befreien. Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur durch diese selbst erfolgen, und zwar nur durch das zielbewußte Streben nach der Verwirklichung des Sozialismus.

Dessau

Flucht aus der SPD — aber zu Hitler. Das Beispiel, das der Dresdener Bürgermeister Dr. Blüher gegeben hat, wirkt anfeuernd. In Dessau ist der SPD-Kreisschulrat Bugenstab zu den Nazis übergelaufen. Ob die Furcht vor dem Abbau die treibende Kraft war? Das interessanteste ist, daß Bugenstab zu dem Kreis gehörte, die bei dem Ministerpräsidenten Deist (SPD) seinen wöchentlichen Klubabend zu verleben pflegt. Herr Bugenstab, der neue Pg. des großen Adolf, wird also wohl im Wahlkampf den Nazis mit allerlei Material dienen können. Den gleichen Weg ging der frühere Stadtrat Zack-Köthen, der heute Geschäftsführer der Magdeburger Nazi-Zeitung ist. — Die Flucht dieser „Genossen" ist für die Arbeiterschaft ein Gewinn. Denn um dieser Leute willen wurde die heutige Politik getrieben. Mögen daher noch recht viele von den Blüher, Bugenstab, Zack usw. die SPD verlassen. Um so schneller wird die Einigung der Arbeiterklasse möglich sein.

Unser Wahlvorschlag: Liste Nr. 9. Für die Landtagswahl sind 9 Listen eingereicht worden, wir stehen also an letzter Stelle. Das ist ein günstiger Platz. Folgende Vorschläge sind eingegangen: 1. SPD; 2. Demokraten (Staatspartei); 3. KPD; 4. Zentrum; 5. Hausbesitzer; 6. Deutsche Volkspartei; 7. Nationalsozialisten; 8. Deutschnationale und Stahlhelm; 9. Sozialistische Arbeiterpartei. — Genossen, an die Arbeit! „Alles wählt Liste 9!"

Sobernheim a. d. Nahe

Hier wurde jetzt auch eine Ortsgruppe der SAP gegründet. Einige tüchtige Genossen arbeiten für unsere Sache. Sie werden sicher bald Fortschritte zu verzeichnen haben.

Zittau

Kundgebung der „Eisernen Front". Der ganze Bezirk war zusammengeholt worden — von Seifhennersdorf, Großschönau bis Reichenau. Geiser, der Führer der Angestellten, hielt eine „Kampfrede" für Hindenburg, der der deutschen Verfassung den Eid gehalten hätte. Er hat verschwiegen, daß die SPD den Reichstagswahlkampf 1930 unter der Parole: — gegen den Verfassungsbruch — geführt hat. Dabei fand er noch kräftige Worte gegen die Nazis, und es schien, als ob auch durch Witze über einzelne Naziführer der Kampf geführt werden könne. Auf die Frage, die er selbst zweimal stellte: Was ist Faschismus? — ist er die Antwort schuldig geblieben. Hätte er sie beantwortet, dann hätte er auch den Arbeitern sagen müssen, daß Brüning und Hindenburg mit der Notverordnungspolitik auch zu faschistischen Methoden gegriffen haben. Seine ganze Rede aber zeigte wieder nur den ausweglosen Reformismus, der einen Kampf der Arbeiter fürchtet. Die „Volkszeitung" berichtete am nächsten Tage über einen Massenaufmarsch: 1200 Mann demonstrierten! Das ist glatter Selbstbetrug. Nach genauer Zählung waren es 145 Viererreihen, und das sind nach unserer Rechnung 580 Demonstranten. Selbst SPD-Anhängern waren die in der Zeitung notierten Zahlen unverständlich. Der Berichterstatter der „Volkszeitung", Berthold, scheint es mit der Wahrheit überhaupt nicht mehr so ernst zu nehmen: In der vorletzten öffentlichen Versammlung, in der Edel-Dresden für die SPD sprach, meldeten sich unsere Genossen Fiebig und Tschapek zum Wort. Ihnen wurde geantwortet, daß nur die Vertreter der Parteien das Wort erhielten, die einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätten. (Ein Zwischenruf, daß die SPD auch nur einen „geklauten" hat, löste große Heiterkeit im Saale aus.) Die „Volkszeitung" berichtete am anderen Tage, daß sich „gegnerische Redner nicht gemeldet haben . . ." Und wenn künftig wieder eine Kundgebung der Eisernen in Zittau stattfinden soll, fragen wir die SPD-Arbeiter: Ist euer Sozialismus schon so entkräftet, daß eure Leitung Auseinandersetzungen fürchtet und gar zu den Mitteln der Unehrlichkeit greifen muß?

Chemnitz

Genosse Klaus Zweiling sprach in einer öffentlichen Versammlung über das Thema „SPD und KPD am Scheidewege". Er schilderte die Entwicklung der deutschen Republik zu dem immer deutlicher erkennbaren Herrschaftsinstrument des Bürgertums. In dieser ganzen Entwicklung hat die reformistische Führung die Gefahr nicht erkannt, sondern hat vielmehr in Verbindung mit dem Staat verschiedentlich diese Strömungen dazu benutzt, die revolutionäre Arbeiterschaft zurückzuschlagen. Die SPD und die Gewerkschaften sind mit der Zeit so in diesen Staat hineingewachsen und sind heute so mit ihm verbunden, daß eine Loslösung von der einmal eingeschlagenen politischen Linie nicht mehr möglich ist. Deshalb kann man auch nicht sagen, daß die SPD am Scheidewege steht. Für sie gibt es keine Entscheidung mehr, aber die bei ihren Organisationen stehenden Proletarier stehen am Scheidewege. Und von ihrer Entscheidung hängt es ab, ob die Zukunft uns ein faschistisches oder aber ein sozialistisches Deutschland bringen wird. Bei der KPD ist die Situation günstiger. Für sie gibt es ein Zurück auf dem falschen Weg, der zur Isolierung der stärksten revolutionären Potenz im Proletariat geführt hat. Aber wie weit auch der Apparat der KPD noch davon entfernt ist, die eigenen Fehler einzusehen und einen anderen Weg einzuschlagen, das zeigten deutlich die Ausführungen des kommunistischen Diskussionsredners. Neben den üblichen Verteidigungen der Linienpolitik erklärte der Genosse Sindermann von der KPD, daß seine Partei „kein Jota abweichen würde von ihren Prinzipien" und daß „zwischen den bestehenden Parteien keine Einheitsfront möglich" sei. Es entschlüpften ihm aber nebenbei noch zwei sehr beachtenswerte Bemerkungen. Für die proletarische Revolution sind nicht die Er[illegible], sondern die [illegible] der entscheidende Teil. Und dann „nicht morgen oder übermorgen wird die proletarische Revolution sein; die Krise enthält zwar Symptome, aber noch nicht die Reife zur Revolution". (Das hätte ein reformistischer Bonze nicht besser sagen können!)

Außer einem [illegible] beteiligte sich noch ein KPDO-Genosse an der Aussprache, ganz im Sinne des Referates vom Genossen Zweiling. Wir hoffen, daß die anwesenden SPD-Genossen es nicht nur bei ihrer Beifallsbezeugung bewenden lassen, sondern daß sie auch endlich die Konsequenzen aus ihrer Ueberzeugung ziehen werden, denn nur dann kommen wir weiter auf dem Wege zur proletarischen Klassenfront gegen den Faschismus.

Zwickau

Die Nazis machten noch am Vorabend des Wahltages Reklame. Ein Umzug, an dem etwa 800 Nazioten teilnahmen, sollte Hitler die Stimmen eintreiben. Zur Mehrheit hat es aber trotzdem nicht gereicht. — Die KPD demonstrierte ebenfalls am Vorabend der Wahl. 500 Mann beteiligten sich.

Der Stadtrat als Ausbeuter. Ein junger Mann, der von der Oberrealschule abgegangen war und sich schriftlich an den Rat der Stadt Zwickau wandte, um vielleicht Stellung in irgendeiner Ratsstube zu bekommen, erhielt darauf vom Rat ein Schreiben, in dem erklärt wurde, daß er eine Stelle haben könne. Aber er müßte sich verpflichten, die ihm zugewiesenen Arbeiten gewissenhaft zu erledigen und gratis, ohne Anspruch auf Arbeitslohn. Aerger kann es der Zwickauer Stadtrat wahrhaftig kaum treiben.

Niederhaßlau

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung erstattete Genosse Baumann den Bericht vom Parteitag in Berlin. Die Aussprache war sehr rege und sachlich. Es sprachen die Genossen Pinkau, M. Seltmann, Zumpe und Bretschneider, welche im großen und ganzen mit den Ausführungen des Genossen Baumann sich einverstanden erklärten. Jugendgenosse Meier gab bekannt, daß am 30. April als Auftakt für die Maifeier der SJV im Volkshaus einen großen proletarischen Kunstabend veranstaltet. Am 1. Mai vormittags findet für den gesamten Unterbezirk Zwickau ein großer Aufmarsch statt, und zwar sind die Orte Niederhaßlau und Wilkau Aufmarschgebiet. Als Referent ist Genosse Seydewitz vorgesehen. Genosse Lorenz machte noch darauf aufmerksam, daß alle Genossen auf unsere Anschlagstafel für die „SAZ" achtgeben müssen.

Gelenau

In unserer öffentlichen Versammlung referierte Genosse K. Zweiling, Berlin, über das Thema „KPD und SPD am Scheideweg". Genosse Zweiling zeigte alle Etappen der SPD-Politik auf vom geheimen Telephongespräch zwischen Ebert und Gröner im November 1919 bis zur nationalistischen „Eisernen Front" 1932, die die Arbeiter der SPD in geistiger Befangenheit hält. Hoffentlich erfolgt das Sehendwerden recht bald, sonst wäre es die Schuld der SPD-Arbeiter mit, wenn die Arbeiterschaft eine Generation Ausbeutung und Unterdrückung schlimmster Art erleben müßte. Nur eine geschlossene proletarische Massenaktion kann die Befreiung der Arbeiterklasse bringen. Den Genossen der KPD ist ernstlich zu raten, auch gegen den Willen ihrer Führer ihre die Arbeiterbewegung schädigende Politik zu ändern, die sie von Proletariern anderer Arbeiterparteien isoliert, womit sie die Bildung der proletarischen Klassenfront verhindert. — Das Referat fand allgemeine Zustimmung und reichen Beifall. In der Debatte streiften die Genossen Richter (KPD) und Wilhelm (SAP) Gewerkschaftsfragen an örtlichen Beispielen. Die durch diese Gruppen verteilten Flugblätter und Zeitungen enthielten außer der Aufforderung, den nationalen Kandidaten Hindenburg zu wählen, auch Hetze gegen die Konsumvereine und Marxisten. Und das wurde auch von Jungbannerproleten verteilt! Arbeiter, erkennt ihr noch nicht, was die Eiserne Hindenburgfront ist?

Vor der Präsidentenwahl fuhr das Wahlagitationsauto der vereinigten Hindenburgausschüsse durch unsern Ort. Außer Arbeitersamaritern und Rotem Kreuz waren im Auto vertreten: Wehrwolf, Stahlhelm, Jungdo, Yorktruppe und Jungbanner.

Auerbach i. V.

Bei der Eisernen Front sprachen Major a. D. Anker und der „linke" Sozialdemokrat Kurt Müller-Planitz. Sie sollen aber trotz des großen Ankers, den sie ausgeworfen hatten, keinen großen Grund bei den Zuhörern gefunden haben. Daß man über die Sapper herzog, versteht sich von selbst. Richtigzustellen ist, daß von der SAP-Ortsgruppe in der vorerwähnten Versammlung niemand anwesend war, sonst hätte wohl auch der Redner die große Klappe nicht geschwungen. Am nächsten Tage hatte der Hindenburg-Ausschuß eine Versammlung, diese war schon origineller. Was da die SPD von ihren verbündeten Brüdern zu hören bekam, behagte ihnen nicht. Trotzdem sang man gemeinsam mit den anwesenden Nazis, die im Verlaufe der Versammlung dauernd Sprengungsversuche machten, das Deutschland-Lied.

Organisationsnachrichten

SAP Hamburg (Distrikt Neustadt — St. Pauli: Oeffentliche Wahlversammlung. Donnerstag, 14. 4., 20 Uhr, im Lokal „Vereinshaus St. Pauli", Eimsbütteler Straße 12. Thema: SAP und Bürgerschaftswahl. Referent: Gen. Stahmer.

SAP Dortmund-Brackel: Sonnabend, 16. 4., 19.30 Uhr, spricht im Lokal Rudolf Kalthoff die Landtagskandidatin Marie Duner. Thema: Arbeiterfront gegen Kapitalismus und Faschismus.

SAP Hürth-Knapsack: Erweiterte Mitgliederversammlung Donnerstag, 14. April, 19.30 Uhr, im Lokal Schlesinger in Hürth, Altstädter Straße. Genosse Amann-Köln spricht über das Thema: Arbeiterfront gegen Kapitalismus und Faschismus.

Sportschau der SAZ

Sachsensport

Der Sportsonntag im Vogtland

Ellefeld und Eintracht führen.

Auf den Ausgang zweier Spiele war man besonders interessiert, da Auerbach als Gegner für Ellefeld, in den letzten Wochen glänzend gespielt haben. Sie mußten sich aber doch trotz allerbester Gegenwehr den Ellefeldern beugen. Mit dem knappsten Resultat fertigte Eintracht den Bezirksmeister Spielv. 23 ab. Ob sich nun beide weiter die Führung sichern werden, steht allerdings nicht fest. — **Spielv. 23 - Eintracht 0:1.** Von diesem Punktgroßkampf hatte man sich bestimmt mehr versprochen. 23 spielte einen Fußball, wie wir ihn nicht mehr zu sehen wünschen. Auch Eintracht kam nicht richtig zur Entfaltung. — **Auerbach—Ellefeld 1:4.** Der starke Wind beeinträchtigte das Spiel. Daß der Platzbesitzer verlor, ist ihm selbst zuzuschreiben. Vor allem ist das unsportliche Verhalten der zwei Genossen von Auerbach zu rügen. Ueberraschend begann das Spiel, indem Ellefeld mit voller Kraft und Temperament sofort von sich heraus ging und auch drei Tore erzielten, dabei halfen allerdings die zwei Selbsttore mit. In der 2. Halbzeit spielte Auerbach nur zu zehnt, da ihr Torhüter freiwillig das Spielfeld verließ, trotzdem drückte Auerbach tüchtig, denn Ellefeld kam fast nicht mehr aus ihrer Spielhälfte heraus. Erst kurz vor Schluß konnte Auerbach den Ehrentreffer anbringen. — **Kürbitz—Elsterberg 1:4.** Das Spiel begann mit auffallend schnellem Tempo. Beide Mannschaften lieferten sich ein schönes Spiel, welches jederzeit fair und offen ausgetragen wurde. Im zweiten Lauf spielte Kürbitz nur noch zu zehnt. Das zerfahrene Stoßspiel von Kürbitz machte sich Elsterberg zu eigen, nur wurde etwas planlos gespielt. — **Wacker—Lauterbach 6:3.** Heftiger Wind beeinträchtigte das Spiel. Beide Stürmerreihen fanden sich im ganzen Spiel nicht recht zusammen, daher wollte sich ein flüssiges Spiel nicht entfalten. — **Kleinfriesen—Raschau 0:6.** Eine derbe Abfuhr erlitt Kleinfriesen. Raschau konnte ihre vier ersten Tore durch Kopfbälle erzielen. Durch das unsportliche Benehmen seitens Kleinfriesen fand das Spiel ein vorzeitiges Ende.

2. Klasse. Eiche 5. Abt.—Kleinfriesen 6:0. Wacker—Ruppertsgrün 2:1. Auerbach—Ellefeld 1:5. Spielv. 23—Kürbitz 8:2. Brunndöbra—Rempesgrün 4:4.

Handball im 8. Bezirk.

Endlich einmal ein Tag, an dem es eine Freude war, sich im Freien zu tummeln. Es spielten:

Schwimmer I—1. Abt. I 1:4 (0:2). Die Schwimmer mit Ersatz hatten keine Aussichten, den Gästen den Sieg streitig zu machen. — **5. Abt. I—Haselbrunn I (4:5) 7:10.** Eine flotte Spielweise beiderseitig. Im 2. Lauf hatte Haselbrunn mehr vom Spiel. Schiri zufriedenstellend. — **2. Abt. I—4. Abt. I (5:0) 8:3.** Ein ruhiges werbendes Spiel wurde immer gezeigt, auch der Schiri fand seitens der Spieler gutes Entgegenkommen. — **3. Abt. I—Haselbrunn III (2:1) 5:2.** Ein lebhaftes Spiel. Die 3. Abt. war in der Lage, gleich in den ersten 5 Minuten 2 Tore vorzulegen, dem Haselbr. nur 1 entgegensetzen konnte. Auch in der zweiten Hälfte war die 3. Abt. überlegen, denn 3 weitere Tore waren die Ausbeute. Schiri befriedigend. — **2. Abt. III—Schwimmer II 0:2 (2:4).** Die 2. Abt. spielte immer in der Spielhälfte des Gegners, doch Zählbares konnten sie nicht erreichen. Schiri gut. — **Haselbrunn II—5. Abt. II 6:3 (5:0).** Ein durchaus faires Spiel, bei dem Haselbrunn die bessere Spielweise in sich hatte, während 5. Abt. sich nie zusammenfand. — **Haselbrunn A. H.—1. Abt. II 9:0 (6:0)** Ein flottes Spiel, das seinen Zweck als Werbespiel nicht verfehlte, denn Haselbrunn bewies den Gästen, wie gespielt wird, um den Sieg zu machen. Schiri gut.

Raffball.

MTV. 1—Jahn 1 12:3 (6:1). Die Vorschau bestätigte sich, denn MTV konnte auch dieses Spiel für sich entscheiden, doch Jahn war nicht so schlecht, wie es das Resultat besagt, denn aufopfernd war ihre Spielweise immer. Schiri gut.

Fußball im Zwickauer Kohlenbezirk

Seltsamerweise blieben diesmal bei den Serienspielen Ueberraschungen so gut wie aus; fast alle Spiele nahmen einen normalen Ausgang.

Das größte Interesse nahm **Wilkau—Niederhaßlau** in Anspruch. 1500 Zuschauer wohnten dem Lokalkampf bei, der 2:2 endete. Auch **Zwickau-Süd** mußte dem bewährten Tabellenführer **Vielau** mit 0:3 die Punkte liefern. — **Reichenbach** vermochte mit großem Schneid die gefürchteten **Netzschkauer** mit 4:2 zu schlagen. Der Ausgang war bis zur Schlußminute in Frage gestellt. — **Neukirchen** gewann gegen **Reinsdorf** sicher mit 6:0, das schwache Schußvermögen der Gäste läßt keine anderen Schlüsse zu, daß sie auch weiterhin als Punktelieferanten zu betrachten sind. — **Zwickau-Nord** setzt seinen Siegeszug weiter fort. **Planitz** hatte mit 3:1 das Nachsehen. — **Ebersbrunn** brachte es noch immer nicht zu Punktegewinn. Gegen **Marienthal** lautete das Ergebnis 3:6. — In der 2a-Klasse befestigte sich die Spitzengruppe weiter. **Mülsen-Niclas** schlug seinen Ortsgegner Neuschönberg 2:0. **Friedrichsgrün** kam gegen **Härtensdorf** mit 1:2 verhältnismäßig gut weg. **Mosel** brachte es gegen die ehemals erstklassigen **Pöhlauer** immerhin zu einem 0:2-Ergebnis, während dem **Grün** gegen **Mylau**, Leidensgenosse von Pöhlau, sogar einen 3:1-Sieg fertigbrachte. Steinpleis—Rotschau 7:2 erregt noch etwas Kopfschütteln, ebenso Lichtentanne—Lengenfeld 6:3.

Die Handball-Serie

Die Serienspiele am Sonntag wurden alle durch starken Wind beeinträchtigt. Die als Sieger erwarteten Mannschaften haben sich aber alle durchgesetzt. — **Wilkau I—Niederhaßlau I 6:5 (4:1).** Das Spiel besaß eine große Anziehungskraft. Ueber 400 Zuschauer erlebten einen flotten Kampf, der durch seinen bis zum Schlußpfiff immer ungewissen Ausgang immer Spannung bot. Beide Mannschaften kämpften zähe um den Sieg, waren aber sehr nervös. Im ersten Gang, der, wie das ganze Spiel, immer ausgeglichen verlief, war Wilkau vor dem Tor entschlossener. — **Zwickau I—Leubnitz I 6:3 (3:3).** Leubnitz gab einen achtbaren Gegner ab. Zuerst mit dem Winde spielend, gab die Mannschaft einen gleichwertigen Partner ab. Zuerst mit dem Winde spielend gab die Mannschaft einen gleichwertigen Partner ab. In dieser Zeit hatte Zwickau große Mühe, um den Ausgleich wieder zu erzielen, denn Leubnitz war immer in Führung. Nach der Pause kam Zwickau in den Vorteil des Windes. — **Stöcken I—Wilkau II 6:4 (4:4).** Stöcken stieß gegen Wilkau erstmalig auf großen Widerstand. Erst mit dem Schlußpfiff war die Mannschaft der Punkte sicher. Die Gleichwertigkeit beider Gegner brachte eine Nervosität in das Spiel, die durch den Wind noch vergrößert wurde. — **Schedewitz I—Oberreichenbach I 8:3 (2:2).** Oberreichenbach verlor in der ersten Halbzeit seinen Torwart und die Schwächung machte sich bemerkbar. Hinzu kamen noch ungenügende Stürmerleistungen, die sich auf die gesamte Mannschaft auswirkten. — **Zwickau II—Planitz II 4:4 (2:2).** — **Wahlen I—Neukirchen I 5:2 (2:2).** In der ersten Halbzeit sah es aus, als ob Neukirchen ein ernstes Wort mitreden wollte. Die Elf gab sich aber zu sehr aus und konnte dann nicht mehr den nötigen Drang aufbringen. Die bessere Technik Wahlens machte sich dann bemerkbar. — **Reinsdorf I—Oberreichenbach II 3:2.** Reinsdorf befand sich wieder in Form und hielt die Gäste immer in Schach. Ihre zwei Treffer erreichten sie nur durch zu weites Aufrücken der Reinsdorfer Verteidigung. — **Zwickau III—Oberreichenbach III 10:0.** — **Stöcken II gegen Crimmitschau 3 3:5.**

Jugend: Zwickau—Planitz 10:3. Werdau—Stöcken 2:2.
Knaben: Wilkau—Haßlau 0:7. Wahlen—Neukirchen 0:0.

Faustball

Mit dem Beginn des schönen Wetters treten auch die Faustballer, die sich zumeist aus älteren Genossen zusammensetzen, auf den Plan. Hoffentlich finden sich noch viele Vereine zusammen, um dem Faustballspiel eine breitere Grundlage zu geben.

Spielverbot!

Wegen des Kreismeisterschaftsspiels am kommenden Sonntag in Planitz besteht ab mittags 12 Uhr Spielverbot. Alle anderen Spiele sind ebenfalls am Vormittag zu erledigen. Die Vereine mögen sich sofort darüber einigen und die neue Anspielzeit am Dienstag an die Zentrale melden. Schiedsrichterbenachrichtigung übernimmt der Bezirk.

Freie Turnerschaft Cainsdorf. Sonnabend, 16. April, findet im Turnerheim ein Werbeabend der Frauenabteilung statt. Alle Genossen und Genossinnen sind herzlichst eingeladen.

Fußball in Heidenau

Heidenau I—Kaditz 09 I 1:1 (0:1). Beide Mannschaften befleißigten sich einer sehr fairen Spielweise. 09 in der ersten Hälfte mit Wind spielend, kam nach jederzeit offenem Spiel kurz vor Halbzeit zum einzigen Erfolg. In der zweiten Halbzeit wurde 09 von H. regelrecht eingeschnürt; 09 verteidigte aber sehr vielbeinig, um das Resultat zu halten, andererseits verstand aber H.s Sturm die sich bietenden Torgelegenheiten nicht auszunutzen. Nur durch ein Masseltor konnte H. ein Unentschieden herausholen, obwohl es dem Spielverlauf nach groß gewinnen mußte.

Heidenau III—Rottwerndorf III 2:0; Heidenau IV gegen Eintracht IV 3:4; Heidenau V—Cotta V 0:5; Heidenau AH.—Helios AH. 0:3; Hdn. 1. Jgd.—Neustadt 1. Jgd. 4:2.

Handball: Papstdorf I—Heidenau III 2:4; Niedersedlitz II—Heidenau V 0:12; Fortschritt I. Jgd. 2:6.

Sport in Hessen-Mittelrhein

Fußball

Als wichtigstes Ereignis ist das Rückspiel um die Meisterschaft des 4. Bezirks zu verzeichnen. Langendiebach siegte auch diesmal — mit 3:2 — über Hausen BC. und errang sich damit den Titel. — Privatspiele. Nach den letzten Mißerfolgen holte sich der VfL 13-Frankfurt beim ASV. Homburg einen 6:3-Sieg. — Am Sonntag schlug die FrT. Nord Frankfurt a. M. die TG. Bischofsheim mit 3:2 sicherer als das Resultat vermuten läßt. — Urberach 1919 war bei der FTG. Pfungstadt zu Gast und mußte sich mit 4:3 Toren knapp geschlagen bekennen. — Der Kreismeister TIV. Naunheim hatte gegen Allendorf leichtes Spiel und gewann 7:1.

Weitere Resultate: Jask-Frankfurt Burgel 2:2; Vorwärts-Frankfurt—VfL. Mainz 8:4; VfB. Heddernheim gegen Frankfurt Niederrad 2:0, Frankfurt-Rödelheim—Nied 8:0, Bonames—Sportfreunde Schwalbach 1:7 abgebr.; Schwanheim—Eschborn 0:2; Ostheim—Langenselbold 4:0; Hanau 04—Seligenstadt 1:4; Mittelbuchen—Dörnigheim 3:2; Dietesheim—Vilbel 1919 7:1 (!); Mühlheim—Vorwärts-Neu-Isenburg 2:2; Heusenstamm—Sprendlingen 1:1; Dreieichenhain—Hainhausen 2:0; Wixhausen—Mörfelden 5:3, Münster gegen Eberstadt 3:2; Gr.-Zimmern—FTG. Darmstadt 1:2; Bönstadt—Heldenbergen 1:5; Wieseck—Homburg 10:2; Gießen—Marburg 6:0.

Handball

Der Meisterschaftsanwärter FrT. Frankfurt-Bockenheim mußte sich am Samstag in Dietesheim überraschenderweise mit 3:5 verdient geschlagen bekennen.

Weitere Resultate: VfL. 13-Frankfurt—Eppstein 10:0; Fichte-Frankfurt—Zeilsheim 3:8; Westend-Frankfurt gegen Nied 12:1; FrT. Oberrad—Frankfurt-Sachsenhausen 1894 0:5; Hanau—Fechenheim 5:6; Niederrad—FrT. Neu-Isenburg 6:4; WSV. Offenbach—FrT. Bornheim 4:3; Ober-roden—Bauschheim 7:3; FTG. Darmstadt—Arheilgen 1:4; Gr.-Bieberau—Langen 4:5; Rumpenheim—Reinheim 8:4; Wieseck—Gambach 5:2.

Arbeitersportler werben in Rüsselsheim

Die Turn- und Sport-Vereinigung hatte ihren Sportwerbeabend im großen Saale des Volkshauses. Die Rüsselsheimer Arbeiterschaft hatte sich zu demselben recht zahlreich eingefunden.

Das gut zusammengestellte Programm wickelte sich in bunter Reihenfolge ab. In erster Linie sei die Schüler- und Schülerinnenabteilung erwähnt, die den ersten Teil des Programms bestritt. Es war eine Freude, die Kleinsten des Vereins im Rhytmus der Musik sporteln zu sehen. Sie bewiesen, daß die Sache des Arbeitersports in guten Händen ist. Als Abschluß des ersten Teils brachten den Sprech-Bewegungschor „Wenn wir einmal groß geworden". Für Rüsselsheim etwas Neues! Man muß den Ernst der Kleinen gesehen haben, den sie der Sache widmeten.

Im zweiten Teil des Programms (jeder Abschnitt wurde vom Spielmannszug eingeleitet und beschlossen) marschierten die aktiven Gruppen auf. Sportler und Sportlerinnen, Turner und Turnerinnen zeigten am Geräte, in Freiübungen und Tänzen, daß sie gut geschult sind. Ganz besonders gefielen die Tänze der Turnerinnen „Rosen aus dem Süden" und zwei russische Tänze. Ein Marsch des Spielmannszuges „Abschied der freien Turner" beschloß den gut gelungenen Sportwerbeabend.

Ein Schachphänomen

Schachspiel gegen 120 Gegner in 14½ Std.

Der ungarische Schachmeister Stephan Abonyi hat einen neuen Weltrekord auf dem Gebiete des Simultanschachspiels erzielt, indem er sich gleichzeitig mit 120 Gegnern maß. Auch der bisherige Rekord mit 105 Gegnern war sein. Die Austragung der Partien dauerte diesmal von Sonntag 18 Uhr bis Montag 8.30 Uhr, somit mehr als 14½ Stunden. Die Zahl der gewonnenen Partien beträgt 82, während er 13 verlor und 25 unentschieden wurden.

Kleine Sportnachrichten

Ruder- und Paddellehrgang an der Bundesschule.

Trotz der schlechten Zeitverhältnisse kommt der diesjährige Ruder- und Paddellehrgang an der Arbeiter-Turn- und Sportschule zu Leipzig vom 25. April bis 7. Mai zur Durchführung. Der Lehrgang hat gegenüber den früheren den Vorzug, daß neben dem bisherigen Bootsmaterial mehrere Kanadier, zwei Doppelvierer und 12 Kanupoloboote zur Verfügung stehen.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Mittwoch, 13. 4., 10 Uhr, alle erwerbslosen Genossen bei Hildebrandt, Blumenstr. 76.

Ortsgruppe Tiergarten: Mittwoch, 13. 4., 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Parkrestaurant, Turmstraße 18.

Ortsgruppe Wedding: Mittwoch, 13. 4., 20 Uhr, Abteilungsversammlungen (Zahlabende) bei Hentschel, Garten-, Ecke Liesenstraße, bei Dietrich, Bullmannstraße 5, bei Nixdorf, Kameruner-, Ecke Lüderitzstraße.

Ortsgruppe Friedrichshain: Mittwoch, 13. 4., Mitgliederversammlung 20 Uhr, im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 218. — Donnerstag, 14. 4., 19.30 Uhr, 5. Abteilung: Zahlabend bei Geschke, Tilsiter Straße 79.

Ortsgruppe Neukölln: Donnerstag, 14. 4., 14 Uhr, alle erwerbslosen Genossen bei Balke, Fulda-, Ecke Weserstraße. Thema: Wahlarbeit (Gen. Müller).

Ortsgruppe Lichtenberg: Mittwoch, 13. 4., Mitgliederversammlung 20 Uhr, im Lokal Günther, Dossestr., Ecke Gürtelstraße.

Ortsgr. Pankow: Mitgliederversammlung, 13. 4., 20 Uhr, im Heim Mühlenstraße 77. Thema: Die Rolle der Partei im Klassenkampf und die Diskussion auf dem Parteitag.

Ortsgruppe Wilmersdorf: Donnerstag, 14. 4., 19 Uhr, bei Kulke, Lauenburger Str. 21, Wahlhelferversammlung.

Ortsgruppe Lichtenberg (Abt. Mahlsdorf): Donnerstag, 14. 4., 20 Uhr, im Lokal Nordstern, Hönower Straße.

Oeffentliche Versammlung.

Thema: Was hat die Arbeiterklasse nach der Präsidentenwahl zu erwarten? — Wie kann die antifaschistische Einheitsfront geschaffen werden?

Internationale Hilfsvereinigung, Bezirk Berlin: Am 9. 4. schied unsere Genossin Gertrud Bolze aus dem Leben. Einäscherung Donnerstag, 14. d. Mts., 16.30 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Um Beteiligung wird gebeten. Treffpunkt: 15 Uhr vor der Halle.

SJV

Heute Mittwoch, 13. April, 19.30 Uhr:

Charlottenburg-Mitte: Arbeiterschützenbund.
Frankfurter Allee I: Bericht vom Parteitag.
Lichtenberg: Proletarische Einheitsfront, Kartelle.
Baltenplatz: Tagespolitik.
Falkenberg: Arbeitsgemeinschaft.
Aktionsbezirk Nord-Ost: Alle Genossen vom Prenzlauer Berg beteiligen sich an der Werbeveranstaltung der Freien Faltbootfahrer am 14. April, 20 Uhr, in der Schulaula, Danziger Straße 23. Es wird gezeigt: Auf Alpenflüssen und Bergeshöhen. Eintritt 0.20 RM. Erwerbslose frei.

Mitteilungen der BL.

Alle Gruppen müssen die Berichtsbogen für das erste Quartal sofort abliefern.

Heute, 13. April, 17 Uhr, Sitzung der Bezirksleitung im Sekretariat, Prenzlauer Allee.

Heute, Mittwoch, 13. April, kommen alle Genossinnen und Genossen pünktlich 10 Uhr zum Sekretariat Prenzlauer Allee. Wir leisten Wahlarbeit.

Achtung! Sonnabend, 16. d. M., Zusammenkunft aller Metallarbeiter und Jugend, 19.30 Uhr, im Restaurant Zum Mohren.

AB. Nord: Alle Genossen beteiligen sich an der Wahlversammlung im Moabiter Gesellschaftshaus Donnerstag, 14. April.

AB. Nord, AB. Ost: Sonntag, 17. IV. Aktiv-Appell. Alle Genossen beteiligen sich. Nähere Mitteilungen durch die Gruppenobleute.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein. für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H." Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Mittwoch, 13. April
8 Uhr:
Die Hochzeit des Figaro

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Mittwoch, 13. April
8 Uhr
Ostern

Schillertheater
Charlottenburg, Bismarckstraße
Mittwoch, 13. April
8 Uhr
Die endlose Straße

Werbt für die SAZ

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
O 1 Norden 2946
Mittwoch, 13. April
8.00 Uhr
Romrad Kasper

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon Weichsel 3422
Mittwoch, 13. April
6 u. 9 Uhr:
Die Frau die jeder sucht

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus, am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334.
ab Dienstag
Die große Tonfilmoperette
Viktoria und ihr Husar
mit Ivan Petrovich, Friedel Schuster, Ernst Verebes, Gretl Theimer
Ufa Tonwochenschau
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntags ab 3 Uhr nachm. bis 11 Uhr nachts
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Unter falscher Flagge
dazu:
Zwischen den Seilen
und
Das geheimnisvolle Haus
Die neueste tönende Wochenschau

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Es lebe die Freiheit
und
Holzapfel weiß alles
mit Felix Bressart
Das tönende Beiprogramm

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Zwei wirkliche Spitzenfilme an Lustigkeit in einem Programm
Zwei glückliche Herzen
(Ein bißchen Liebe für Dich)
mit Magda Schneider, Lee Parry, Georg Alexander, Hermann Thimig
Karteffelsupp', Karteffelsupp'
(Schön ist die Manöverzeit)
mit Paul Heidemann, Oskar Sabo, Ida Wüst, Gretl Theimer
Erwerbslose 50 Pf
Sonntag 2.30 Uhr Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.

M · I · L · A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Lee Parry, Magda Schneider, Georg Alexander, Hermann Thimig
in der entzückendsten Tonfilmoperette:
Ein bißchen Liebe für Dich
dazu
Gastspiel Dollynott, 10 Jazzer von der Plaza und dem Theater im Admiralspalast mit dem gr. Ausstattungballett in
Hurra, Revue 1932
Stark reduzierte Eintrittspreise

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Sellerstraße
R. A. Roberts in
Zu Befehl, Herr Unteroffizier
dazu
Die fremde Mutter
(Das Mädel aus der Hafenkneipe)
Die neueste tönende Wochenschau

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
2 Großtonfilme. Lee Parry, Herm. Thimig, Georg Alexander
Ein bißchen Liebe für Dich
dazu Siegfried Arno
Der schönste Mann im Staate
Militär-Lustspiel m. Ralph Arthur Roberts.
Sonntag nachm. 3 Uhr Jugendvorstellung
Neueste Tonwochenschau

Stärkt den Pressefonds

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Willi Forst in
Peter Voss, der Millionendieb
dazu:
Dina Gralla, Paul Heidemann in.
Die Wasserteufel von Hieflau
Tönende Wochenschau
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabbau, Wochentags bis 6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 70 Pfg.
Nachher von 80 Pfg. an

Kauft Gutscheine ● Stärkt den Pressefonds

Lest den Klassenkampf

Die allerfeinste Butter, den besten Käse u. Speisequark
kauft man direkt oder in den
Verkaufsstellen der Molkerei
Herrnhut i. Sa.

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch ______ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung"
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: ______
Wohnort: ______
Straße: ______

monatlich . . . 2,40 RM. inkl. Bestellgeb
wöchentlich . . 0,60 RM. inkl. Bestellgeb.
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl 36 Pf. Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel-Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16

Notverordnungs-Politik in Preußen

Von Dr. Käthe Frankenthal

Es wird nicht nur im Reich mit Notverordnungen regiert, sondern auch in Preußen, aber Unterschiede sind doch zu verzeichnen. Die Notverordnungspolitik hängt ab von der Tolerierungspolitik der SPD. Die SPD erklärt, sie sei grundsätzlich Gegner der Notverordnungen, und nur die Wähler, die einen arbeitsunfähigen Reichstag gewählt haben, seien Schuld daran, daß mit Notverordnungen regiert wird.

In Preußen wird mit Notverordnungen regiert, obgleich die Wähler 1928 einen arbeitsfähigen Landtag gewählt haben. Regierung und Landtagsmehrheit bestehen aus den Weimarer Parteien, die sich zur Demokratie bekennen.

Im Reiche wird die Regierung, die Notverordnungen erläßt, von der SPD. tolerliert, das heißt, geduldet. Die SPD erklärt, für die Taten der Regierung keine Verantwortung übernehmen zu können, sie erklärt diese Regierung für ein Uebel, das nur erhalten werden muß, um ein größeres Uebel abzuwehren.

Die preußische Regierung wird aber geführt von Otto Braun, es sind in ihr vertreten Severing und Grimme. Eine solche Regierung kann die SPD nicht tolerieren, sondern sie muß ihr stärkster Aktivposten in der Politik sein. Und doch regieren Braun-Severing mit den gleichen Notverordnungen, von denen die SPD sagt, sie haßt sie wie die Sünde.

Die Reichsregierung geht in ihrer Notverordnungspolitik **weit über die in der Verfassung** gesetzten Grenzen hinaus. Bevor Breitscheid **1932 im Reichstag feststellte, daß Hindenburg** nie etwas gegen die Verfassung getan habe, hat **1930 in demselben Reichstag,** von derselben Rednertribüne aus Landsberg seine große Anklagerede gehalten, in der er klar und scharf die Verfassungswidrigkeit dieser Notverordnung nachwies und namens der SPD ihre Aufhebung forderte. Bei Landsbergs Rede existierte aber erst die 1. Notverordnung. Jetzt haben wir die 4. große Notverordnung. Die Kleinen, die die politischen Freiheiten aufheben, werden nicht gezählt. Nach der Verfassung sind Maßnahmen des Reichspräsidenten durch Notverordnung nur zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zulässig. Die 4. Notverordnung trifft gesetzliche Regelungen (Hauszinssteuer) bis zum Jahre 1940.

In Preußen setzt man sich über die Verfassung noch viel großzügiger hinweg. Finanzminister Dietrich hat im Reichstag 1930, als er Landsberg antwortete, mit Recht darauf hingewiesen, was in Preußen alles mit Notverordnungen gemacht wird, und daß darum die Anklage Landsbergs gegen die Reichsregierung, daß sie gegen die Verfassung verstoßen habe, **in noch erhöhtem Maße für die preußische Regierung zutreffe.**

In Preußen hat man sogar durch Notverordnung die Beflaggung öffentlicher Gebäude geregelt. Gegen diese Notverordnung wurde beim Staatsgerichtshof Klage erhoben. In dem Urteil wurde festgestellt: **In der tatsächlichen Sachlage sei eine rechtliche Basis für die Notverordnung nicht gegeben gewesen.**

Die Länder haben auf Grund des Artikels 48 Abs. 4 der Reichsverfassung ebenfalls das Recht, Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu treffen. Diese Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen.

Auch die preußische Verfassung enthält in ihrem Artikel 55 einen Notverordnungspassus, der heißt: Wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, kann, sofern der Landtag nicht versammelt ist, das Staatsministerium in Uebereinstimmung mit **dem ständigen Ausschuß** des Landtags Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwider laufen, mit Gesetzeskraft erlassen. Diese Verordnungen sind auf Verlangen des Landtags aufzuheben.

Im Jahre 1930 machte die preußische Regierung eine Vorlage, nach der der staatliche Zuschlag zur Grundvermögenssteuer um 100 Prozent erhöht werden sollte. Das bedeutet, eine Mieterhöhung von 4 Prozent oder eine Belastung der Mieter um 110 Millionen Mark. Die Vorlage wurde am 20. Mai vom Landtag abgelehnt. Vier Tage später wurde sie als Notverordnung erlassen. Es ist selbstverständlich nicht im Sinne der Verfassung, wenn man Vorlagen, die der Landtag abgelehnt hat, in dem Augenblick, wo der Landtag sich für kurze Zeit vertagt, als Notverordnung erläßt. Die Verfassung macht ja gerade zur Bedingung, daß der Landtag nicht versammelt ist, und daß er nachträglich seine Zustimmung gibt! **Die Regierung ist also niemals berechtigt, gegen das Votum des Landtags Maßnahmen durchzuführen.**

Im Jahre 1920 war aber in Preußen noch das goldene Zeitalter der Demokratie. Damals legte man nur die Verfassung aus, indem man sagte, wenn der Landtag sich gestern vertagt hat, ist er eben heute nicht mehr versammelt. **Im Jahre 1931 wurden Notverordnungen erlassen, die auch nicht einmal scheinbar in irgendeinem Zusammenhange mit der Verfassung stehen.** Die Sparverordnungen des Jahres 1931 wurden erlassen auf Grund der Notverordnung des Reiches vom 24. August, die die Länderregierungen ermächtigt, Maßnahmen zu treffen, um den Haushalt auszugleichen und dabei das Landesrecht außer Kraft zu setzen. Diese Notverordnung spricht nur eine Ermächtigung aus, von einem Zwang kann keine Rede sein. Die preußische Regierung hat aber die Gelegenheit ergriffen, um ihre Notverordung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zu erlassen, wobei der Reichstag sie aufheben konnte, auch nicht auf Grund des Artikels 55 der preußischen Verfassung, wobei sie der Landtag aufheben könnte, sondern auf Grund der Ermächtigung des Reichspräsidenten unter Ausschaltung aller Parlamente. Sogar der Staatsrat, der nach Artikel 40 der preußischen Verfassung vor Erlaß allgemein organisatorischer Maßnahmen gehört werden muß, ist ausgeschaltet worden. In einer Entschließung vom 30. September 1931 hat der Staatsrat festgestellt, daß die Verordnung mit zwingenden Vorschriften der Reichs- und Landesverfassung nicht im Einklang stehe. Eine erhebliche Anzahl von Bestimmungen überschreitet das Maß des zur Beseitigung des Notstandes Erforderlichen. Vor allem sind die getroffenen Regelungen nicht zeitlich begrenzt, wodurch sie den Charakter von Notmaßnahmen verlieren. Unter allen Umständen wäre es erforderlich gewesen, vorher den Staatsrat zu hören. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Brauer-Altona übte an der Notverordnung scharfe Kritik. Er sagte wörtlich: Ich habe gegenüber diesen Ausführungen des Herrn Ministerialvertreters zu sagen: Mit einer so leichten Hinwegsetzung über die Verfassung kann man jeden Staatsstreich begründen!

Die gesamte Ersparnis nach der Notverordnung schätzt der Ministerialvertreter im Beamtenausschuß am 16. Dezember 1931 auf nur 20 Millionen. Die Haupteinsparungen sind bei dem Besoldungsetat gemacht. Vor den Wahlen von 1928 erfreute man die Beamten durch eine neue Besoldungsordnung, die den Staat jährlich anfangs 240 Millionen, später noch mehr gekostet hat. Vor den Wahlen von 1932 können die Beamten feststellen, daß durch die dreimalige Gehaltskürzung der Zuschuß von 1927 restlos wieder verschwunden ist. Darüber hinaus haben aber die Beamten durch neue Steuern (Bürgersteuer, Ledigensteuer) eine weitere Verschlechterung ihrer Bezüge erfahren. **Die Sparverordnung bringt** eine ganze Reihe von weiteren Verschlechterungen. Vor allen Dingen bekommen die Mittelschul- und Handelslehrer generelle Gehaltsabzüge. In ihren Bezügen geschützt werden nur die augenblicklichen Stelleninhaber in den Ministerien, während — nach uns die Sintflut — bei späteren Besetzungen derselben Stellen Kürzungen vorgesehen sind. Die Pensionen sind von 80 auf 75 Prozent gesenkt worden. Kinderbeihilfen für Pflegekinder und Enkel werden nicht mehr bewilligt.

Einen tiefen Eingriff in das Beamtenrecht bedeutet es, daß Beamte versetzt werden können in jedes Amt, das ihrer Vorbildung entspricht, auch wenn es mit geringerem Diensteinkommen verbunden ist, unter gleichzeitiger Anweisung des neuen dienstlichen Wohnsitzes. Das bisher bezogene Gehalt wird in der neuen Stelle weitergezahlt. Nicht das geringste mit einer Notverordnung zu tun hat die Pensionierung von Hochschullehrern, die Abgabe, die Notaren auferlegt wird, und vor allem die Aenderung des Wahlgesetzes. Während nach dem vom Landtag erlassenen Wahlgesetz für ein Mandat 40 000 Stimmen erforderlich waren, ist die Zahl durch Notverordnung auf 60 000 erhöht worden. Jetzt ist, wieder durch Verordnung, die Zahl auf 50 000 festgesetzt. Die Verordnung ist im September 1931 erlassen, die Wahlen sind im April 1932, man kann wirklich nicht sagen, daß durch dieses, noch dazu unbefristete Gesetz, ein ungewöhnlicher Notstand im September beseitigt worden ist.

Die preußische Regierung erläßt die Verordnung auf Grund der Ermächtigung des Reiches und gibt diese Ermächtigung weiter an die Verwaltungsorgane der Gemeinden, die von Preußen ermächtigt werden, von sich aus — unter Ausschaltungen der Stadtverordnetenversammlungen — Maßnahmen zur Sicherung der Haushalte zu erlassen. So wird die Notverordnung des Reiches toleriert durch Preußen bis herab in die kleinste Gemeinde.

Dadurch ist die Selbstverwaltung, früher eine Kardinalforderung der SPD, endgültig aufgehoben.

Praktisch allerdings war das bereits im vorigen Jahre geschehen durch die Einsetzung der Staatskommissare, die diktatorisch unter völliger Ausschaltung der Selbstverwaltungskörperschaften die Etats festsetzten.

(Schluß folgt.)

Unsere Kandidaten zum Preußischen Landtag

Die Landesliste

1. Seydewitz, Max, Redakteur, Berlin-Tempelhof;
2. Rosenfeld, Kurt, Rechtsanwalt, Berlin-Grunewald;
3. Frankenthal, Käte, Aerztin, Berlin NW.;
4. Marckwald, Hans, Schriftsteller, Frankfurt a. Main;
5. Gebhardt, Hermann, Glaser, Delitzsch;
6. Pietsch, Fritz, Volksschulrektor, Breslau;
7. Zöllig, Carl, Schlosser, Ratingen;
8. Walcher, Jakob, Dreher, Reinickendorf-Ost;
9. Stierle, Georg, Angestellter, Frankfurt a. Main;
10. Hauschild, Wilhelm, Angestellter, Berlin-Neukölln;
11. Babucke, Heinrich, Bergmann, Dortmund;
12. Wolfstein, Rosi, Angestellte, Berlin-Steglitz;
13. Agricola, Rudolf, Handelslehrer, Zeitz;
14. Adam, Bernhard, Gasarbeiter, Charlottenburg 4.
15. Herbers, Hein, Studien-Assessor, Kassel;
16. Streber, Erich, Tischler, Bramfeld;
17. Okonsky, Karl, Gartenbesitzer, Ratiborhammer;
18. Freischläger, Willy, Bergmann, Ahlen;
19. Schwarz, Max, Jugendpfleger, Berlin SO.;
20. Fabian, Dora, Schriftstellerin, Berlin-Wilmersdorf;
21. Herkenrath, Fritz, Volksschullehrer, Köln-Höhenberg;
22. Müller, Georg, Rohrleger, Köpenick-Wolfsgarten;
23. Seigewasser, Hans, Krankenkassenangestellter, Berlin-Charlottenburg;
24. Schmitz, Bernhard, Zimmermann, Wesel.

Wahlkreis Berlin

Sternberg, Fritz, Schriftsteller; Frankenthal, Käte, Aerztin; Buckwald, Richard, Werkzeugmacher; Zweiling, Klaus, Redakteur; Walcher, Jakob, Dreher; Dobrolaw, Willi, Dreher; Reich, Hermann, Geschäftsführer; Schulz, R. W., Kraftfahrer; Kögler, Theodor, Angestellter; Moldehnke, Arthur, Galvanoplastiker; Gocksch, Frieda, Berufsberaterin; Enderle, August, Redakteur.

Wahlkreis Potsdam II

Lindemann, Karl, Metallarbeiter; Seigewasser, Hans, Angestellter; Hauschild, Wilhelm, Angestellter; Gostomski, Hans, Angestellter; Adam, Bernhard, Bäcker; Böhm, Kraftfahrer; Weiter, Aenne, Fürsorgerin; Köhler, Max, Tischler; Wolf, Bäcker; Winter, Schriftsetzer; Müller, Georg, Rohrleger; Rothenburg, Cölestine, Hausfrau.

Wahlkreis Frankfurt (Oder)

1. Seydewitz, Max, Redakteur, Berlin-Tempelhof; 2. Gebauer, Johann, Bootsbauer, Lübben (Spreew.); 3. Kasbaum, Paul, Schlosser, Sommerfeld N./L.; 4. Krappe, Hans, Maschinenmeister, Cottbus; 5. Paul, Reinhard, Magistrats-Angestellter, Fürstenwalde.

Wahlkreis Pommern

1. Seydewitz, Max, Redakteur, Berlin; 2. Binder, Kurt, Lehrer, Stettin; 3. Behrendt, Theodor, Polizeiobersekretär, Köslin; 4. Fritz, Rudolf, Verwaltungsgehilfe, Greifswald; 5. Frau Schwagereck, Hausfrau, Stettin; 6. Roßmann, Erich, Schriftsetzer, Köslin; 7. Panten, Otto, Schmied, Swinemünde; 8. Köhn, Karl, Rammer, Altdamm; 9. Patzlaff jr., Paul, Arbeiter, Köslin; 10. Hamann, Otto, Arbeiter, Barth; 11. Müller, Hermann, Schneider, Stettin; 12. Säuberlich, Walter, Schriftsetzer, Köslin; 13. Schwanz, Fritz, Maurer, Swinemünde; 14. Schmidt, Richard, Schlosser, Stettin; 15. Baller, Max, Dreher, Köslin; 16. Zehm, Albert, Schlossermeister, Greifswald.

Wahlkreis Breslau

1. Eckstein, Ernst, Dr. Rechtsanwalt; 2. Kirstein, Paul, Transportarbeiter; 3. Kaiser, Georg, Schlosser; 4. Köhlich, Marie, Heimarbeiterin; 5. Welz, Richard, Eisenbahnarbeiter; 6. Schwarz, Gerhard, Monteur; 7. Häring, Albert, Angestellter; 8. Seewald, Fritz, Geschäftsführer der Arbeitersportzentrale Schlesien; 9. Reiner, Georg, Bezirkssekretär des Schuhmacherverbandes; 10. Kuchler, Paul, Werkzeugschlosser; 11. Pietsch, Fritz, Volksschulrektor; 12. Dilbe, Gustav, Betonpoller; 13. Genschorek, Gertrud, Stenotypistin; 14. Goretzky, Konrad, Bauhilfsarbeiter.

Wahlkreis Oppeln

1. Okonsky, Karl, Redakteur; 2. Skubate, Karl, Häuer; 3. Kulik, Richard, Schlosser; 4. Hansel, Franz, Bauarbeiter.

Wahlkreis Ost-Hannover

1. Seydewitz, Max, Redakteur, Berlin-Tempelhof; 2. Kors, Wilhelm, Arbeiter, Harburg-Wilhelmsburg; 3. Siekmann, Heinrich, Dreher, Verden a. d. Aller; 4. Reinhardt, Adolf, Schneider, Wesermünde-O.; 5. Kühn, Max, Bäcker, Grohn (Kreis Blumenthal); 6. Fiske, Johann, Buchdrucker, Harburg-Wilhelmsburg; 7. Stock, Hermann, Zigarettenarbeiter, Verden a. d. Aller; 8. Stegelitz, Otto, Schneider, Harburg-Wilhelmsburg.

Wahlkreis Westfalen-Nord

1. Seydewitz, Max, Redakteur, Berlin-Tempelhof; 2. Buschfort, Heinrich, Lehrer, Gelsenkirchen-Hassel; 3. Freischläger, Wilhelm, Bergmann, Ahlen; 4. Kolditz, Moritz, Reichsbahn-Assistent, Bielefeld; 5. Holtkötter, Wilhelm, Reichsbahnmagazinarbeiter, Münster; 6. Schlesiger, Paul, Bergmann, Bottrop; 7. Zimmermann, Ferdinand, Arbeiter, Rinteln; 8. Budde, Friedrich, Elektriker, Ahlen; 9. Chagel, Heinz, Schlosser, Münster; 10. Johl, Heinrich, Bergmann, Langenbochum; 11. Rausch, Jakob, Invalide, Oer-Erkenschwick.

Wahlkreis Hessen-Nassau

1. Marckwald, Hans, Schriftsteller, Frankfurt a. M.; 2. Herbers, Hein, Studienassessor, Kassel; 3. Stierle, Georg, Verwalter, Frankfurt a. M.; 4. Elsemann, Else, Fürsorgerin, Frankfurt a. M.; 5. Schweig, Fritz, Schleifer, Oberursel i. T.; 6. Kegel, August, Weichert; 7. Grübener, Peter, Gastwirt, Hanau; 8. Keim, Fritz, Schuhmacher, Frankfurt a. M.; 9. Treser, Georg, Angestellter, Frankfurt a. M.; 10. Hock, Georg, Fabrikarbeiter, Hanau; 11. Kniß, Wilhelm, Schleifer, Frankfurt a. M.; 12. Itt, Christian, Wagner, Hüttengesäß, Kr. Hanau; 13. Pörzgen, Wilhelm, Schriftsteller, Wiesbaden.

Wahlkreis Koblenz-Trier

1. Seydewitz, Max, Redakteur, Berlin; 2. Fuhr, Fritz, kaufm. Angestellter, Kirn a. d. Nahe; 3. Duas, Josef, Landwirt, Vallendar; 4. Bohr, Emil, Kontorist, Bad Kreuznach; 5. Krieger, Heinrich, Gemeindearbeiter, Engers a. Rh.; 6. Necker, Anton, Arbeiter, Vallendar; 7. Höflich, Theodor, Bauhilfsarbeiter, Kirn a. d. Nahe; 8. Geisen, Maria, Ehefrau, Koblenz; 9. Brückof, Wilhelm, Eisenbahnarbeiter, Pfaffendorf; 10. Berg, Kurt, Zigarrenarbeiter, Vallendar.

Wahlkreis Magdeburg

1. Siemsen, August, Berlin; 2. Jordan, Walter, Thale a. H.; 3. Fabian, Dora, Berlin; 4. Schumann, Otto, Magdeburg; 5. Zappe, Otto, Burg b. M.; 6. Zumbusch, Paul, Magdeburg; 7. Hochtanz, Rich., Aschersleben.

Wahlkreis Erfurt

1. Röschfeld, Dr. Kurt, Berlin; 2. Jahk, Johann (Hans), Schneider, Erfurt; 3. Häberlein, Fritz, Ober-Telegr.-Sekr., Nordhausen; 4. Henniger, Ernst, Arbeiter, Großwitz; 5. Bahmann, Waldo, Kaufmann, Stützerbach; 6. Schanek, Franziska, Angestellte, Erfurt; 7. Schäfer, Robert, Schlosser, Nordhausen.

Wahlkreis Weser-Ems

1. Seydewitz, Max, Redakteur, Berlin-Tempelhof; 2. Hellmann, Anton, Tischler, Osnabrück; 3. Paul, Willy, Böttcher, Leer (Ostfriesland); 4. Gerdes, Eike, Arbeiter, Emden; 5. Heits, Heinrich, Weber, Osnabrück; 6. Rosenthal, Otto, Weber, Nahne, Ldkr. Osnabrück.

Wahlkreis Schleswig-Holstein

1. Seydewitz, Max, Berlin; 2. Muhr, O., Elmshorn; 3. Schmidt, W., Flensburg; 4. Lohmann, P., Neumünster; 5. Podolski, K., Kiel; 6. Seeler, G., Altona; 7. Parduhn, W., Reinfeld.

Wahlkreis Westfalen-Süd

1. Seydewitz, Max, Berlin; 2. Babucke, Heinrich, Bergmann, Dortmund; 3. Dauer, Maria, Angestellte, Herne; 4. Michel, Gustav, Metallarbeiter, Schwelm; 5. Herr, Karl, Bergmann, Witten-Heven; 6. Sieberg, Heinrich, Bergmann, Lünen; 7. Brand, Otto, Metallarbeiter, Lüdenscheid; 8. von der Heyd, Ehefrau, Dortmund; 9. Golynski, Karl, Bergmann, Wischerhöfen; 10. Triberg, Hannes, Invalide, Wattenscheid.

Kein Reichstag

Berlin, 11. April 1932.

Der Aeltestenrat des Reichstags hielt am Montag eine Sitzung ab, um über den Antrag der oppositionellen Parteien, den Reichstag zum 26. April einzuberufen, zu beraten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Rechtsopposition und der Kommunisten abgelehnt, da der Reichshaushaltsplan dem Reichstag noch nicht zugegangen sei. Es wurde in Aussicht genommen, am 26. April erneut eine Sitzung des Aeltestenrats abzuhalten, in der über die Einberufung des Reichstages Beschluß gefaßt werden soll.

Das Arbeitsbeschaffungs-Programm auf dem ADGB-Krisenkongreß

ADGB-Führer näher bei Brüning und Hitler als bei Marx und den Arbeitern

I. K. Heute, einen Monat nach seiner ursprünglichen Einberufung tritt der ADGB-„Krisenkongreß" zusammen. Schon damals gaben sich wohl nur relativ wenig Arbeiter der Illusion hin, daß auf diesem Kongreß und bei seiner Zusammensetzung wirklich Mittel und Wege zur Beschaffung von Arbeit und zu gleicher Zeit aber auch zur Wendung ihres Elends beraten, geschweige denn ernsthafte Kampfmaßnahmen beschlossen würden. Inzwischen hat sich die SPD- und mit ihr die reformistische Gewerkschaftsbürokratie noch weit enger an die Hindenburg-Brüning-Front angehängt, als das bisher schon geschah. Und wenn auf dem Frankfurter ADGB-Kongreß im Sommer vorigen Jahres der Reichsarbeitsminister des Kapitals, Stegerwald, als der starke Mann gefeiert wurde, der den deutschen Arbeitern aus dem Elend helfen wolle und würde,

so ist jetzt der Berliner Krisenkongreß dadurch charakterisiert, daß der oberste Repräsentant der Notverordnungs- und ständigen Lohnraub-Regierung, nämlich der Reichskanzler Brüning, das Wort ergreifen und den „sozialistischen" Gewerkschaften seinen Dank für ihre treue Zutreiberarbeit bei der Reichspräsidentenwahl aussprechen wird.

Auf dem Kongreß wird das neueste Arbeitsbeschaffungs-Kompromiß der ADGB-Führer mit der Regierung im Mittelpunkt stehen. Es ist aber deshalb nicht überflüssig, daß alle Arbeiter und besonders alle aktiven Gewerkschaftsmitglieder neben diesem auch das ursprüngliche ADGB-Programm genau unter die Lupe nehmen, um daraus zu erkennen, auf welchem verhängnisvollen Wege sie sich befinden, wenn sie nicht aktiv gegen den Kurz der ADGB-Führer den Kampf aufnehmen.

Die ADGB-Bundesleitung hat vor einigen Wochen von Woytinski, Baade und Tarnow ausgearbeitetes Programm der Arbeitsbeschaffung und Sanierung der Wirtschaft beraten und es bis zu einem gewissen Grade zum Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB proklamiert. Es ist also unbedingt notwendig, daß die Arbeiter selbst Stellung dazu nehmen, was sie von diesem Programm zu halten und zu ihm zu sagen haben.

Tarnow, unter dessen Namen das Programm hauptsächlich populär zu machen versucht wird, gehört zu denjenigen Führern im ADGB, die seit Jahren mit am offensten die marxistische Klassenkampfgrundlage verlassen hat und sich bemüht, eine der reformistischen Praxis entsprechende reformistisch-kapitalistische Theorie durchzusetzen. Er ist berühmt geworden als „Arzt des Kapitalismus". So ist auch seine jetzige Stellungnahme in wünschenswertem Maße geeignet, allen Arbeitern die Augen zu öffnen, wohin sie bei weiterem Gewährenlassen des Reformismus in ihren Organisationen kommen müssen.

Schon das Schlagwort, mit dem Tarnow und seine Gesinnungsgenossen operieren, zeigt, daß der Boden des Marxismus verlassen ist. Denn „aktive Konjunkturpolitik" bedeutet, daß die Wirtschaft an sich, abstrahiert von ihrer konkreten Gestalt der Ausbeutung einer Klasse durch die andere, Ausgang und Kern dieser Politik ist. Als oberstes Ziel und Aufgabe der Gewerkschaften sowohl wie des (kapitalistischen) Staates wird die Herbeiführung einer Konjunkturperiode angesehen, wiederum der Konjunktur an sich, unabhängig davon, wenn und in welcher Weise sie Nutzen bringt.

Nun ist Tarnow freilich wohl der Meinung, daß die Konjunkturperiode in der kapitalistischen Wirtschaft auch den Arbeitern zugute komme. Deshalb braucht er von seinem Standpunkt aus diese Frage nicht erst zu stellen. Die Arbeiter also, deren Existenz weder durch ein Reichstagsmandat noch durch leitende Stellungen in dem heute völlig verbürokratisierten Gewerkschaftsapparat gesichert ist, haben recht, wenn sie auch schon hier ein keineswegs im Tarnowschen Sinne von vornherein geklärtes Problem sehen. Sie wissen aus den Zeiten der Konjunkturen, daß auch dann ihre Lage unsicher und grundsätzlich die eines Lohnsklaven bleibt.

Die andere, bei den augenblicklichen Debatten mehr im Vordergrund stehende Frage ist jedoch die, ob die Tarnowschen Vorschläge überhaupt einen Weg aus der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftskrise sind. Tarnow, Woytinski usw. wollen die Krise überwinden durch Erweiterung der von der öffentlichen Hand, d. h. vom Reich, den Ländern und Gemeinden zu vergebenden Aufträge, Straßenbau, Kleinwohnungsbau u. dgl. Die Finanzierung soll durch eine innere Anleihe aufgebracht werden, mit der die Vertreter dieses Vorschlages das „in den Strümpfen festgehaltene" Geld der (kapitalistischen) Wirtschaft nutzbar machen wollen. Die öffentlichen Stellen, die die Arbeiten vergeben, sollen Schuldverschreibungen ausstellen, die die Reichsbank als Deckung für den von ihr zur Verfügung zu stellenden Kredit nimmt. Eine neu zu schaffende Zwischenstelle soll für die Tilgung dieser Kredite sorgen. Auf diese Weise glaubt Tarnow zunächst etwa eine halbe Million Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen und etwa 1 bis 1½ Prozent „zusätzliche Kaufkraft" zu bewirken. Außerdem soll durch neue Währungsmanipulationen — Tarnow macht hier vorsichtigerweise aber keine genauen Vorschläge, will aber allenfalls auch eine Inflation in Kauf nehmen — eine weitere „Ankurbelung der Wirtschaft" herbeigeführt werden.

Selbst der auf dem rechtesten Flügel stehende SPD- und ADGB-Theoretiker Naphtali hat seine Skepsis geäußert, daß man keine Illusionen über die Zahl der auf diese Weise wieder in den Produktionsprozeß einzureihenden Arbeiter haben soll. Und im „Berliner Tageblatt" wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Arbeiter heute auch keine neuen Kleinstwohnungen mehr bezahlen können, daß es sich noch mehr als um eine Wohnungsnot, um das Wohnungselend der breiten Massen handelt.

Aber die ganze Tarnowsche Theorie ist falsch!

Er behauptet, die Einreihung von etwa einer halben Million Arbeiter in den Produktionsprozeß bedeute eine Erweiterung der Konsumtionsmittelproduktion und damit im weiteren Verlauf auch der Produktionsmittelproduktion. Nun ist aber — vorausgesetzt, daß überhaupt eine halbe Million Arbeitslose von den Nachweisen verschwinden und daß durch sie tatsächlich eine gewisse Steigerung der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln einträte, die Ursache der Krise ja gerade eine gewaltige Ueberproduktion, hervorgerufen durch das mit dem Bestande der kapitalistischen Wirtschaft ständig wachsende Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und kauffähiger Nachfrage, d. h. der profitabwerfenden Verwertung der Waren. Die Ueberrationalisierung der Betriebe hat nicht nur die Produktionsmittelindustrien, sondern auch die Konsummittelindustrien erfaßt. Mit den errechneten 1—1½ Prozent Zunahme der Kaufkraft könnte also zunächst nur der angehäufte Warenbestand um ein Weniges vermindert werden, wobei die steigende Nachfrage nach den Waren auch schnell eine Preissteigerung mit sich bringen, den Nutzeffekt also aufheben würde.

Tarnow ist ein großer Optimist und sagt frisch-fröhlich, die preissteigernde Wirkung werde durch die zwangsläufig nachfolgende Erweiterung der Produktion aufgehoben. Aber Erweiterung der Produktion bedeutet, wie wir soeben feststellten, infolge der kapitalistischen Konkurrenz-Gesetzlichkeit zugleich weitere Steigerung der Produktionskapazität. Das Mißverhältnis zwischen den vorhandenen Warenmassen und der Möglichkeit ihres Profits abwerfenden Absatzes würde schnell verschärft, das Fiasko noch größer als gegenwärtig. Es werden weiter Betriebe stillgelegt, neue Arbeitermassen auf die Straße gesetzt. Die Reichskasse hat ein neues Defizit, das man aus den sowieso schon verelendeten Massen durch neue Steuern, neue Zollerhöhungen, Lohnabzüge usw. zu decken versucht.

Das ist der unentrinnbare Zirkel bei Fortbestand der kapitalistischen Produktionsweise.

Tarnow und mit ihm alle Reformisten stehen dieser Produktionsweise nicht als unerbittlicher Feind gegenüber, um sie mit allen Mitteln zu vernichten; sie wollen vielmehr keine andere Rettung als im Rahmen und mit Mitteln des heutigen, kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst. Deshalb suchen sie — natürlich vergebens — einen Ausweg vom Standpunkt der herrschenden Klasse. Ihnen ist selbst der Gedanke des sozialistisch-revolutionären Ausweges, des einzig möglichen für die Arbeiterschaft, für die Klasse der Ausgebeuteten, gänzlich fremd geworden. Deshalb stehen sie heute **faktisch nicht nur den Hindenburg und Brüning, sondern sogar zu Hitler näher als dem Marxismus und der Arbeiterklasse.** Ihnen ist, heute, da sie sich dem Massenelend der Arbeitslosigkeit gegenüber nicht mehr passiv verhalten können, Arbeitsbeschaffung an sich das oberste Ziel geworden. Deshalb werden sie, da der Tarnowsche Weg kein Ausweg ist, schließlich auch eine faschistische Arbeitsdienstpflicht noch als ein „kleineres Uebel" anpreisen. Ihr Eintreten für den „freiwilligen" Arbeitsdienst ist bereits ein weiterer Schritt auf diesem Wege und ein neuer Beweis für unsere Behauptung.

Die Gefahren für die deutsche Arbeiterklasse sind heute so groß, daß gerade das Arbeitsbeschaffungsprogramm und der heute tagende ADGB-Krisenkongreß zum Anlaß genommen werden muß, um in allen Verbänden, in allen Betrieben und Arbeiterorganisationen ein Halt zu rufen und durch eine eindeutige, einmütige Stellungnahme **die Umkehr der Gewerkschaften vom bürgerlich-reformistischen zum Klassenkampfstandpunkt herbeizuführen.**

Arbeitsbeschaffung — jawohl! Aber so, daß sie auch wirklich zustande kommt und der großen Masse der vom Kapital Abhängigen und Ausgebeuteten Nutzen bringt. **Das ist nur möglich durch den Eingriff in das kapitalistische System, in das ganze kapitalistische Staatsgefüge.** Der aber wird niemals anders vollzogen werden, als durch den entschlossenen außerparlamentarischen Kampf der Massen. Die Arbeiterschaft muß aufgerüttelt und geführt werden zum außerparlamentarischen Klassenkampf für die **Enteignung aller stillgelegten kapitalistischen Betriebe und ihre Ingangsetzung auf Staatskosten unter der Kontrolle und Leitung der Arbeiterklasse selbst;** für ausreichenden Lohn und für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit; für die Einziehung der großen Vermögen und Staatspensionen u. dgl. m. Die Arbeiterorganisationen müssen, soweit sie unter ihrer heutigen Führung nicht dazu bereit sind, von ihren Mitgliedern dahin gebracht werden, daß ein solches gemeinsames Kampfprogramm zur Hilfe für alle Ausgebeuteten, gegen die Klasse der Kapitalisten aufgestellt und gemeinsam die Wege zur Durchsetzung eines solchen Programmes beschritten werden.

Lohnabbau in der Berliner Konsum-Genossenschaft

Ein Angestellter der KGB schreibt uns:

„Es wird wieder einmal Zeit, energisch gegen die Lohnabbaupolitik Front zu machen. Eingeleitet wurde dieser fortgesetzte Abbau im Oktober vorigen Jahres mit einer Gehaltskürzung von 8 %. Die wurden vom Personal nur unter der Bedingung gegeben, daß dadurch Kündigungen im größeren Umfange vermieden werden.

Das wurde uns zugesichert, aber nicht gehalten. Denn zum 31. Januar wurden 400 Kolegen auf die Straße geworfen. Dann kam die Fortsetzung im Januar mit einem neuen Abbau von 10 %. Hier galt er als der letzte. Aber weit gefehlt. Für Februar wurde mit neuen Verschlechterungen aufgewartet. Zunächst wurde der uns für Ueberarbeit zustehende freie Tag um die Hälfte gekürzt. Weiter wurden an Kassiererinnen keine Mankogelder mehr gezahlt. Außerdem wurden die Jahreszulagen bis auf weiteres gestrichen.

Im März wurden vom „Betriebsrat" ohne Befragen der Belegschaft, der Geschäftsleitung ein „Notopfer" in Gestalt eines weiteren Abbaues der Gehälter von 10 % bewilligt. Außerdem wurden aber **trotzdem noch fast 100 Angestellte zum 1. April gekündigt.**

Damit hat die Geschäftsleitung immer noch nicht genug. Wie wir heute erfahren, plant sie weitere Abbaumaßnahmen. Zu den Lohnverhandlungen hat die Geschäftsleitung beantragt, **die Gehälter um weitere 20 % zu senken.** Daneben will man noch zu einer Urlaubskürzung schreiten.

Wir haben auch eine Gewerkschaft, welche unsere Interessen vertreten soll. Nämlich den ZdA. Aber weit gefehlt. Unser Fachgruppensekretär Schmolinzki ist selbst nach Angabe von SPD-Ortsverwaltungsmitgliedern des ZdA einer der Unfähigsten. Die KGB soll auf Kosten der Belegschaft saniert werden. Die Geschäftsleitung besteht restlos aus SPD-Mitgliedern.

Soweit die Zuschrift. Wir verkennen nicht, daß auch die KGB, wie jedes Arbeiterunternehmen, unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu leiden hat. Aber was hier auf dem Gebiet des Lohnabbaues geleistet wird, verdient die schärfste öffentliche Kritik. Bisher 28 % Abbau und jetzt einen neugeplanten Abbau von weiteren 20 %. Das ist in keiner Weise mit den Schwierigkeiten in der KGB begründet. Denn der Umsatzrückgang ist doch relativ gering, ja nach dem „Vorwärts" hat sich der Gesamtumsatz im März d. J. um 8,8 % gesteigert. Das bedeutet, daß nach den vorgenommenen Entlassungen das auf den Einzelnen fallende Arbeitsquantum ungeheuerlich gesteigert worden sein muß. Um so unberechtigter ist der Lohnabbau, gegen den sich daher alle Beschäftigte mit allen Mitteln zur Wehr setzen müssen.

Kursanzeiger leuchten wieder

Berlin, 12. April 1932.

Nach einer fast sieben Monate langen Pause wurden heute an der Berliner Börse erstmalig wieder die Kurse von den vereideten Kursmaklern festgestellt. Schon das äußere Bild der Burgstraße war heute wesentlich belebter als an den letzten Tagen. Die Führer der Bankwelt waren erschienen, um dem ersten offiziellen Börsentag beizuwohnen. Auch der Besuch der Makler war wesentlich stärker als in den letzten Tagen und Wochen. Kurz nach 12 Uhr begannen die elektrischen Kursanzeiger wieder zu leuchten. Die Kurse, die sie anzeigten, waren ein Spiegelbild der Wirtschaftskrise. Während man noch an den letzten Tagen scharfe Kursrückgänge am ersten amtlichen Börsentag erwartet hatte, eröffnete die Börse heute gegenüber den gestrigen Notierungen zwar etwas abgeschwächt, doch war die Gesamtstimmung anfangs relativ gehalten. An verschiedenen Märkten kam etwas Ware heraus. Die Aktien der IG Farbenindustrie wurden mit etwa 84 v. H. bewertet gegenüber einem Kurs von 125 v. H. im Juni 1931. Auch die Anteile der Deutschen Reichsbank bewegten sich unter Pari. Nur zwei Braunkohlenwerte, eine Kaliaktie und der Anteil der ausländischen Chade Elektrizitätsgesellschaft wurden noch über Pari gehandelt. Die Aktien der deutschen Großschiffahrtsgesellschaften setzten mit etwa 12—12 v. H. gegenüber etwa 46 v. H. in der Junikrise ein. Für die Anteile der Werte der deutschen Montanunternehmungen werden etwas 15 bis 30 v. H. im Durchschnitt gezahlt.

Ein österreichisches Auslandsmoratorium

Nationalratsmehrheit gegen Tardieu-Plan

TU Wien, 11. April 1932.

In der Montagssitzung des Hauptausschusses des Nationalrates fand eine außenpolitische Aussprache statt, die der Bundeskanzler einleitete. Die Redner der außerhalb der Regierung stehenden Parteien, also die **Mehrheit des Nationalrates, lehnten den französischen Hilfsplan entschieden ab, weil er Oesterreich nicht nur nicht helfen, sondern sogar schaden würde.**

Der Bundeskanzler wandte sich in seiner Erwiderung gegen die Meinung, als stehe die Regierung mehr oder minder unter dem Druck des Auslandes. Es sei sicher, daß sich die Regierung für die Gewährung handelspolitischer Erleichterungen in keiner Weise politisch binden werde. Auch die verschiedenen Gerüchte über eine im Zusammenhang mit den Hilfsmaßnahmen verlangte Finanzkontrolle erklärt er als unrichtig. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Vorzugszölle nicht allein von den Nachbarstaaten, sondern auch von allen anderen Staaten, die mit Oesterreich in Verkehr stehen, verlangt werden. Es sei beabsichtigt, mit jedem einzelnen Staat über die Frage der Vorzugszölle gesondert zu verhandeln, weil ja die wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Staaten verschiedene sind.

Bemerkenswert erscheint noch, daß in der Aussprache der Redner der Sozialdemokraten, Dr. Bauer, die Möglichkeit eines Transfermoratoriums für die Auslandsschulden ins Auge faßte, indem er sagte, keinem Staat könne zugemutet werden, seine Bevölkerung zugrunde gehen zu lassen, nur damit er unbedingt die Zinsen an das Ausland in ausländischer Währung bezahle. Gewiß werde man einen solchen Entschluß nicht leichtfertig fassen, aber wenn nach dem Ergebnis der Londoner Konferenz eine Hilfe vom Ausland entweder überhaupt nicht zu erwarten sei oder nur unter Bedingungen, deren Annahme mit der Freiheit Oesterreichs und der staatlichen Souveränität nicht vereinbar wäre, so müßte man diese Frage einmal ernsthaft prüfen.

Imperialistischer Anschlag auf Schanghai

Vor einer Neuaufteilung Chinas?

TU Moskau (über Kowno) 12. April 1932.

Die Moskauer Blätter bringen am Dienstag Einzelheiten über die Verhandlungen zwischen verschiedenen politischen Gruppen über die **Ausrufung Schanghais als Freistaat.** Danach sollen die Gruppen versucht haben, verschiedene Großmächte für diesen Plan zu interessieren. Sie behaupten, die Ausrufung Schanghais zum Freistaat sei die beste Lösung in dem chinesisch-japanischen Streit. Schanghai soll nach dem Plan etwa 30 Jahre lang Freistaat bleiben und dann wieder an China übergehen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung soll eine internationale Polizei aus 5000 Mann geschaffen werden. Die Mächte sowohl als auch China und Japan dürfen keine Kriegsschiffe und keine Truppen in dem Freistaat unterhalten. Die Aufsicht über den Freistaat soll dem Haager Gerichtshof übergeben werden. Der chinesischen Regierung soll nur erlaubt werden, Postanstalten auf dem Gebiet des Freistaates zu unterhalten.